

WIRTSCHAFT

ELBE-WESER



» **Derzeit nicht lieferbar** Rohstoffmangel setzt den Unternehmen zu

Große Resonanz – Zweites Cuxhavener Kreuzfahrtforum Seite 30

Rundum-Paket – Aus Gründerwerkstatt wird Unternehmenswerkstatt Seite 39

Die Themen in 2023

MONAT	TITELTHEMA	SONDERTHEMA
7/8	› Handel und Innenstädte	› Tagung – Tourismus – Kultur › Ausbildungsmesse der Agentur für Arbeit + Jobcenter Stade
9	› Maritime Wirtschaft / Logistik	› Messe HUSUM WIND › Hafenwirtschaftsgemeinschaft Cuxhaven › Ausbildungsmesse FLAGGE ZEIGEN › Ausbildungsmesse STADEUM
10	› Energieregion Elbe–Weser	› Erneuerbare Energien › DOIZ (Deutsches-Offshore-Industrie-Zentrum Cuxhaven)
11	› Gründung / Förderung / Finanzierung	› Beratung – Coaching – Consulting › Digitalisierung
12	› Aus- u. Weiterbildung	› Bestenehrung › Ausbildung 2024

**Haben Sie Ideen für Sonderthemen?
Wir freuen uns auf Ihre Anregungen – schreiben Sie uns.**

Ich berate Sie über die Möglichkeiten Ihrer Werbeplatzierung:



Pirkko Peitz Mediaberatung

Telefon (0 47 21) 39 87 593, Telefax (0 47 21) 39 87 592

Email: pb-marketing@t-online.de

**SCHMIDT
RÖNHILD** DEUTSCHLANDS
ÄLTESTES VERLAGS-
UND DRUCKHAUS
SEIT 1579



Stefan Hamann

Geschäftsführer Trinkwasserverband Verden

Die natürlichen Ressourcen schützen und bewahren

Spätestens seit den vergangenen trockenen Jahren ist das Thema der Wasserverfügbarkeit wieder stärker in das allgemeine Bewusstsein zurückgekehrt. Trockene Felder, regionale Einschränkungen der öffentlichen Wasserversorgung, Rekord-Niedrigwasser in den Flüssen mit Beeinträchtigungen der wirtschaftlichen Nutzbarkeit bis hin zu Trinkwassernotversorgungen waren erforderlich, um die vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen nicht zu überfordern.

Im Elbe-Weser-Raum und in den Metropolregionen Hamburg und Bremen steigen die benötigten Mengen aufgrund des Bevölkerungszuwachses, der Industrie- und Gewerbeentwicklung sowie im landwirtschaftlichen Bereich wegen der klimatischen Veränderungen. Die unterschiedlichen Bedürfnisse stehen mittlerweile in hoher Nutzungskonkurrenz zueinander, wobei aufgrund der Bedeutung als wichtigstes Lebensmittel der öffentlichen Trinkwasserversorgung der Vorrang eingeräumt werden muss. Der richtige Umgang mit dieser Problematik in der Zukunft erfordert hier nachhaltige Anpassungsstrategien.

Das dies nur gemeinsam mit allen Akteuren gelingt, sollte hierbei für jeden auf der Hand liegen. So werben die Wasserversorger im Elbe-Wese-Raum regelmäßig um einen sorgsam und nachhaltigen Umgang mit der Ressource.

Aber auch auf kommunaler Ebene ist ein Umdenken unabdingbar. Galt bis vor nicht allzu langer Zeit die Aufgabe, anfallendes Niederschlagswasser möglichst schnell und auf direktem Wege abzuleiten, so gewinnt der Rückhalt, die Speicherung und eine mögliche Weiterverwendung des Wassers sowie die Versickerung vor Ort immer mehr an Bedeutung.

Der Trinkwasserversorger selbst sorgt mit regelmäßigen Investitionen für den Erhalt seiner für eine sichere Versorgung benötigten und den demografischen Veränderungen angepassten Infrastruktur. Einhergehend hiermit stehen im Ergebnis geringe Wasserverluste und niedrige Wartungskosten.

Für die Qualität dieses Lebensmittels pflegen die Wasserversorger gemeinsam mit den in den Schutzgebieten wirtschaftenden Landwirten und den fachlichen Behörden im Rahmen von Kooperationen seit vielen Jahren den Austausch. Zur Erreichung der Ziele für eine nachhaltige Qualitätssicherung der genutzten Grundwasserressourcen vereinbaren die Teilnehmer auf freiwilliger Basis Maßnahmen. Ein wesentlicher Blick liegt aktuell hierbei auf den weitestgehenden Verzicht auf Pflanzenschutzmitteln. Die mechanische Bodenbearbeitung ist hier ein wichtiger Baustein.

Unter Mitwirkung aller Beteiligten werden wir die anstehenden Aufgaben bewältigen und eine sichere und bedarfsgerechte Trinkwasserversorgung auch in der Zukunft gewährleisten.

> Titel:

Marketingleiter Szymon Stefanowicz (l.) und Vertriebsleiter Philipp Pinnow von der Brüning Group setzen bei der Energieversorgung auch auf nachwachsende Rohstoffe.

Titelthema

Derzeit nicht lieferbar Rohstoffmangel setzt den Unternehmen zu



Momentan leider vergriffen

Schon vor dem Ukrainekrieg litt die deutsche Wirtschaft unter Rohstoffmangel, verschärft durch immer häufiger auftretende Verzögerungen in der Lieferkette. Die weltpolitische Lage sowie die nach der Corona-Pandemie wieder wachsende Nachfrage haben das Problem deutlich verschärft und treiben zudem die

Preise, die nur bedingt an die Kunden weitergegeben werden können. Neue Quellen sind gefragt. Und wo es geht, wird nach alternativen Materialien geforscht. Außerdem gewinnt das Thema Recycling immer mehr an Bedeutung. Abfall wird zum Luxus, den sich keiner mehr leisten kann.

Seite 8

40 Neue Serie: Datenschutzverstöße und was man aus ihnen lernen kann

 Eine Datei dieses Magazins finden Sie unter: www.ihk.de/stade

**30 Große Resonanz:
Zweites Cuxhavener
Kreuzfahrtforum**



**39 Rundum-Paket:
Aus Gründerwerkstatt wird
Unternehmenswerkstatt**

6 Kurz & Kompakt

8 Titelthema

- 8 Nachhaltigkeit kommt aus der Forstwirtschaft
- 12 Wenn aus Abfall ein Wertstoff wird
- 14 Rohstoffmangel: Wer denkt da an Flächen?
- 16 Rohstoffe für die Zukunft
- 18 Aufbereiteter Elbschlick statt wertvoller Klei im Deichbau
- 20 Rohstoffsicherheit: Dringender Handlungsbedarf bei neun Mineralien
- 21 Kritische Rohstoffe: Europäische Kommission will Versorgungssicherheit erhöhen
- 22 Unabhängig vom Marktgeschehen
- 23 Neue Quellen

30 Standort Elbe-Weser

- 32 Wirtschaftliche Entwicklung im Elbe-Weser-Raum stagniert
- 34 Rückenwind für die Energiewende

39 Service

- 39 Digital nachhaltig oder nachhaltig digital?
- 46 Rechtsprechung aktuell
- 48 IHKN-Mediatorenverzeichnis gestartet

50 Schlusspunkt

Um das Lesen zu vereinfachen, verzichten wir auf Schreibweisen wie „Teilnehmer*innen“. Selbstverständlich sind stets alle Geschlechter angesprochen.

WWW.BARTRAM-BAU.DE

Von der Vision
über zum Projekt.






3000 Referenzen

im Industrie- und Gewerbebau



BARTRAM 
BAU-SYSTEM

Das individuelle Bau-System

-  Entwurf und Planung
-  Festpreis
-  Fixtermin
-  50 Jahre Erfahrung
-  Alles aus einer Hand

Wir beraten Sie gern persönlich.

Dipl.-Ing. Fr. Bartram GmbH & Co. KG
Ziegeleistraße · 24594 Hohenwestedt

Tel. +49 (0) 4871 778-0
Fax +49 (0) 4871 778-105
Mail info@bartram-bau.de



MITGLIED GÜTEGEMEINSCHAFT BETON



Foto: Block

(v. l.) Walter Hirche, ehemaliger Wirtschaftsminister Niedersachsens, Wolfgang Reichelt, Block CEO, und Olaf Lies, niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung freuten sich über das Treffen auf dem Block-Messestand.

Elektrotechnische Innovationen erleben

Block Transformatoren-Elektronik aus Verden auf der Hannover Messe 2023

JUBILÄEN

75-jähriges Geschäftsjubiläum

NORKA Norddeutsche Kunststoff- und Elektro-Gesellschaft Stäcker mbH & Co. KG, Dörverden 11.6.2023

30-jähriges Geschäftsbestehen

Hans-H. Goedereis, Stade im Mai 2023 | **Bohlmann Immobilien GmbH**, Zeven 24.6.2023

25-jähriges Geschäftsjubiläum

NISA Melktechnik GmbH, Ottersberg 15.6.2023

Hinweis: In dieser Übersicht werden Jubiläen ab 25 Jahren veröffentlicht.

Weitere Informationen:

IHK Stade, Manuela Hintelmann

Telefon: 04141 524-127

E-Mail: manuela.hintelmann@stade.ihk.de

„Die Zukunft verspricht viele neue Herausforderungen an die Technik und die Technologien, die bedient werden müssen, um unsere gesellschaftlichen Aufgaben zu Themen wie der Energieversorgung leisten zu können. Wir sind Teil dieser Zukunft und Teil der Lösung.“, so die Worte von Wolfgang Reichelt, CEO der Block Transformatoren-Elektronik GmbH. Als langjähriger Aussteller auf der Hannover Messe ist die internationale Leitmesse der Industrie für Block ein gesetztes Ereignis im Jahresverlauf. Reichelt begrüßte unter anderem Wirtschaftsminister Olaf Lies auf dem eigenen Stand. Als Überraschungsgast wartete bereits Walter Hirche, einer von Lies' Amtsvorgängern.

Das Unternehmen Block präsentierte auf der Hannover Messe besonders viele eigens entwickelte Highlights der Elektroniksparte. Der Bereich der unterbrechungsfreien Stromversorgungen (USV)

wurde durch eine neue kapazitive USV als Stand-alone-Lösung erweitert.

Der Anspruch an Industrie-4.0-Fähigkeit wird durch umfangreiche Kommunikationsmöglichkeiten und damit einhergehende ganzheitliche Überwachungsmöglichkeiten des Systems erfüllt. Zudem stellte Block vier weitere platzsparende Schaltnetzteile mit integrierter Lade- und Kontrolleinheit vor.

Das Block-Portfolio an unterbrechungsfreien Stromversorgungen wird durch diese Neuheiten noch breiter gefächert, die Verbesserung der Anlagenverfügbarkeit für jeden individuellen Anwendungsfall bleibt dabei jedoch die Kernfunktion dieser smarten Produkte.

Für die Absicherung von Verbrauchern mit 48 V DC, wie Antriebssysteme und deren Steuerungstechnik, ergänzt Block das elektronische Schutzschaltersystem EasyB um neue 48 V-Varianten. ■



Foto: @gettyimages/pagadesign

Industriestrompreise: „Gut austariertes Gesamtkonzept“ nötig

Am 5. Mai hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ein Konzept für die Entlastung der Industrie von den hohen Strompreisen vorgelegt. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) plädiert für eine breitere Ausgestaltung.

„Die im europäischen und internationalen Vergleich weit überdurchschnittlichen Strompreise belasten sehr viele Betriebe unterschiedlicher Größen und Branchen“, gab DIHK-Präsident Peter Adrian auf Medienanfrage zu bedenken. „Deshalb brauchen wir für die Breite der Wirtschaft ein gut austariertes Gesamtkonzept.“ Das jetzt vorgelegte Modell zielt dagegen „nur auf einen sehr eng definierten Kreis von Industriebetrieben – und wird dann bei der praktischen Nutzung durch Vorgaben zur Transformation und Standortgarantie auch noch weiter eingeschränkt“. Immerhin seien erste Ansätze für eine breitere Lösung bei den Netzentgelten angelegt, so Adrian. „Klar ist aber, dass wir zügige und tragfähige Lösungen brauchen, um von den hohen Preisen runter- und bei der Transformation voranzukommen.“ ■



Foto: IHK Stade

Irische Unternehmensdelegation zu Gast im Elbe-Weser-Raum

Erfahrungsaustausch über Bioenergie

Der hohe Stellenwert der Bioenergie im Energiesystem der Zukunft ist heute schon in Niedersachsen erkennbar, wo 2021 bereits über 1.500 überwiegend landwirtschaftliche Biogasanlagen in Betrieb waren. Das landwirtschaftlich geprägte Flächenland Niedersachsen bietet gute Perspektiven für den Ausbau der Bioenergie. Davon hat sich vom 24. bis 27. April eine irische Unternehmensdelegation überzeugen können. Vor dem Hintergrund des gemeinsamen Austausches und des weiteren Erkenntnisgewinns hatte die IHK in Zusammenarbeit mit dem 3N Kompetenz-

zentrum Niedersachsen ein interessantes Programm zusammengestellt, das auch verschiedene Unternehmensbesuche in der Region beinhaltet.

So wurden unter anderem die Tomforde-Gruppe in Anderlingen Ohrel, die MT Energy Service GmbH in Zeven und die Brandt GmbH in Rockstedt besucht.

Die erörterten Fragestellungen reichten von der Einspeisung ins Gasnetz über Planungs- und Genehmigungsverfahren bis zur Aufbereitung von Biomethan und führten zu einem erkenntnisreichen fachlichen Austausch. ■

Wir stehen auch auf Stahl.

Nur anders!



JANNECK
Stahlhallen & Stahlbau

www.stahlhallen-janneck.de

Zum Gewerbegebiet 23 49696 Molbergen T: 04475 92930-0



Nachhaltigkeit kommt aus der

Fotos (2): IFA, Stadel/Dennis Williamson



Forstwirtschaft



Die Brüning Group handelt mit energieliefernden Schüttgütern wie Holzrestbrennstoffen.

Das Verständnis von Nachhaltigkeit als Handlungsprinzip der Ressourcennutzung wurde zuerst in der Forstwirtschaft geprägt. Bereits Anfang des 18. Jahrhunderts forderte Freiherr Hans Carl von Carlowitz, dass im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder nicht mehr Holz gefällt werden dürfe, als jeweils nachwachsen könne. Diesem Grundsatz ist die Brüning Group auch heute noch verpflichtet.



Fotos (4): JHK Stadte/Dennis Williamson

Vertriebsleiter Philipp Pinnow ist überzeugt von der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen.

Denn um Holz dreht sich in Fischerhude fast alles – insbesondere um das, was übrigbleibt, also Reststoffe und „Abfälle“, die stofflich nicht mehr genutzt werden können und deshalb thermisch verwertet werden. Dass Biomassekraftwerke in Teilen kritisch gesehen werden, weiß auch Philipp Pinnow, Vertriebsleiter der Brüning Group. „Das liegt allerdings am weitverbreiteten Vorurteil, dass für den Betrieb von Holzkraftwerken Wälder abgeholzt werden“, sagt er, was allein schon aus wirtschaftlichen Gründen unsinnig wäre, „denn Holz, das in der Holz- oder Zellstoffindustrie eingesetzt werden kann, ist viel zu teuer.“ Das Schreddermaterial für Hackschnitzel und Pellets fällt hauptsächlich als Restholz (Kronenholz) in der Forstwirtschaft oder auf Grüngutsammelplätzen an. Was für Frischholz gilt, gilt ebenso für Altholz: Hochwertiges, unbelastetes Holz geht in die Zellstoffindustrie. In den Schredder kommt nur, was für andere

Zwecke nicht mehr zu gebrauchen ist. Und selbst Hackschnitzel werden in Teilen noch stofflich eingesetzt, als Bodenbelag oder Fallschutz. Diese Kaskadennutzung, also die mehrfache und mehrstufige Nutzung, sorgt für einen besonders nachhaltigen und effizienten Rohstoffeinsatz.

Komplette Ver- und Entsorgungskonzepte

Angefangen hat das von Arnd Brüning 1992 gegründete Unternehmen als kleine Gärtnerei mit biologischem Anbau von Obst, Gemüse und Pflanzen. Dann wurde daraus ein Handel mit Gärtnereibedarf wie Bodenverbesserern, Holzrest- und Holzbrennstoffen. Mit der Ausdehnung des Geschäftsgebiets wurde es immer wichtiger, beim Transport unbedingt Leerfahrten zu vermeiden. Also wurde Ladung gesucht, um die Fahrzeuge besser auszulasten. „Das war die Geburtsstunde der Brüning-Megawatt GmbH“,



”

Die Kaskadennutzung, also die mehrfache und mehrstufige Nutzung von Holz, sorgt für einen besonders nachhaltigen und effizienten Rohstoffeinsatz.

erinnert sich Pinnow, „eingesammelt wurde, woraus sich Energie gewinnen ließ.“ War dies zu Beginn ausschließlich Biomasse, werden mittlerweile zudem auch Abfälle aller Art angenommen – sogar Kunststoffe – immer mit der Maßgabe, möglichst viel stofflich zu recyceln und nur nicht anders nutzbare Reste thermisch zu verwerten. Inzwischen bietet die Brüning Group komplette Ver- und Entsorgungskonzepte an und wird am Markt nicht nur als Händler, sondern auch als Dienstleister wahrgenommen. Auf gut 240 Beschäftigte ist das Unternehmen mit Sitz in Fischerhude inzwischen angewachsen. Diese verteilen sich auf mehrere Standorte, zum Beispiel in Bremen, Hallbergmoos oder Kritzmow, aber auch in anderen europäischen Ländern. Demnächst steht der Umzug des Headquartiers in ein neues Firmengebäude nach Bremen in die Überseestadt an.

Aufwändige Zertifizierungsverfahren

In Deutschland ist die Brüning Group Marktführer im Handel mit energieliefernden Schüttgütern, sie ist aber auch im angrenzenden Ausland sehr aktiv. Das bringt weitere Herausforderungen mit sich, denn der Nachweis der nachhaltigen Erzeugung von Biomasse wird in einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich gehandhabt, nicht immer werden die gleichen Zertifikate akzeptiert. Entsprechend aufwändig ist das Zertifizierungswesen, sechs Mitarbeitende kümmern sich bei Brüning darum. Ein weiteres Problem: „Zertifiziert werden muss die komplette Wertschöpfungskette, was vielen Kleinproduzenten einfach zu teuer ist. Sie geben das Geschäft eher auf, als sich zertifizieren zu lassen,“ bedauert Pinnow.

Regionale Gegebenheiten berücksichtigen

Deshalb wünscht er sich einfache, verständliche Regeln, die den regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen: „In Frankreich gilt für die meisten Biomasseheizkraftwerke, dass die Biomasse ma-

ximal im Umkreis von 150 Kilometern produziert werden darf.“ Das ist in Frankreich umsetzbar – aber eben nicht überall. „Ganz anders ist die Lage in Dänemark“, nennt Pinnow ein anderes Beispiel. Dänemark ist auf den Import großer Mengen Biomasse aus dem Ausland angewiesen, da es bereits seit der Ölkrise der 1970er Jahre verstärkt auf Holzheizkraftwerke mit Fernwärmenetzen setzt. Ein Modell auch für Deutschland? „Aus Sicht des Vertriebsleiters würde mich das natürlich freuen“, gibt Pinnow zu, „aber wir dürfen dabei nicht vergessen, dass auch Biomasse nur begrenzt verfügbar ist, zumindest innerhalb Deutschlands.“

Trotzdem ist er überzeugt, dass Energie aus nachwachsenden Rohstoffen im zukünftigen Energiemix eine wichtige Rolle spielen wird. Die Zukunft sieht er in dezentralen Lösungen, bei denen die Versorgung einzelner Gemeinden oder Regionen mit Strom und Wärme optimal auf die vor Ort erzeugbare Energie abgestimmt ist. „In diesem Bereich könnten viele sinnvolle Projekte entwickelt werden,“ ist sich Pinnow sicher. Projekte, die die Brüning Group mit ihrer Expertise natürlich gerne unterstützen würde, fügt er schmunzelnd hinzu. ■

Daniela Westerhoff IHK Stade

04231 9246-234

daniela.westerhoff@stade.ihk.de



Wenn aus Abfall ein Wertstoff wird

Wegschmeißen halten Lutz Machulez-Hellberg und Alexander Varwerk von der Machulez Transport GmbH für ein überholtes Konzept. Im Interview erklären sie, warum das so ist.



Gutes Gespräch (v. l.): Joshua Zintel, IHK, Alexander Varwerk, Machulez Transport GmbH, Vivien Dirksen, IHK, Lutz Machulez-Hellberg, Machulez Transport GmbH

Wir kennen es alle: Wenn wir etwas nicht mehr benötigen, entsorgen wir es. Die Folge: Über sieben Milliarden Tonnen Abfall, oder besser gesagt Wertstoff, fallen laut Umweltprogramm der Vereinten Nationen weltweit jedes Jahr an. Verschiedene Ansätze, wie zum Beispiel das „Cradle-to-Cradle“-Prinzip oder die „Circular Economy“ verfolgen in Zeiten wachsender Rohstoffknappheit und steigender Klimaschutzanforderungen das Ziel, Abfälle auf ein Minimum zu reduzieren. So können wertvolle Ressourcen und Wertstoffe so weit wie möglich in der Wirtschaft gehalten werden.

Ein Mittelständler, der der Verschwendung von Rohstoffen und Ressourcen den Kampf angesagt hat, ist die Machulez-Unternehmensgruppe in Cuxhaven mit ihren über 120 Mitarbeitenden. Das breite Tätigkeitsportfolio umfasst die Bereiche Hafen, Logistik, Transport, Containerdienst, Recycling, Bauunternehmung, Baustoffe und Garten- und Landschaftsbau. Vivien Dirksen und Joshua Zintel sprachen mit Lutz Machulez-Hellberg und Alexander Varwerk, Geschäftsführer der Machulez Transport GmbH.

Man kann durchaus behaupten, dass die Machulez-Unternehmensgruppe Nachhaltigkeit in all ihren Facetten lebt. Angefangen hat alles mit dem Ankauf, der Aufarbeitung und Wiederverwertung von Altmetallen. Wie wichtig ist nachhaltiges Wirtschaften für Sie persönlich?

Alexander Varwerk: Auf einer Skala von eins bis zehn würde ich mich bei der Zehn verorten. Wenn wir nicht anfangen, Ressourcen zu optimieren, dann werden wir in puncto Nachhaltigkeit und Klimaschutz nicht weiterkommen.

Lutz Machulez-Hellberg: Ich persönlich verorte mich auf der Skala ebenfalls bei der Zehn. Als familiengeführter Mittelstand in der dritten Generation ist uns eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern wichtig. So arbeiten wir zum Beispiel auf dem Gebiet der CO₂-optimierten Entsorgungstouren eng mit der Karl Meyer AG zusammen. Des Weiteren haben wir den Anspruch, unsere Kunden auf lockere Art und Weise für die Wichtigkeit der Sortentrennung zu sensibilisieren – zum Beispiel

über die „Hau’s-in-den-Sack“-Initiative, die eine einfache Wertstoff-Entsorgung per App ermöglicht. Wir sehen und leben damit Nachhaltigkeit in all ihren Dimensionen, zumal wir so gut wie nichts wegschmeißen.

Alexander Varwerk: Genau, nur rund ein Prozent unserer Massenströme gehen auf die Deponie.

Sie besitzen eine eigene Recyclinganlage für mineralische Baustoffe und Altholz. Welche Mineralgemische stellen Sie her und wo können Sie eingesetzt werden?

Lutz Machulez-Hellberg: Mit unseren Recycling-Mineralgemischen stellen wir über einen streng kontrollierten Prozess sicher, dass wir wieder hochwertige Produkte in den Wertstoffkreislauf zurückführen. So können wir zum Beispiel Rekultivierungsböden für ehemalige Sandabbaustätten oder auch Betonrecycling für Bankette an Straßenrändern bereitstellen. Aus diesem Grund freuen wir uns auch so über die neue Ersatzbaustoffverordnung, da sie endlich die Akzeptanz für den Einsatz von Ersatzbaustoffen erhöht. Nun gelten in allen Bundesländern die gleichen Grenz- und Laborwerte, und der vermehrte Einsatz von Sekundärrohstoffen wird gefördert – auch in der öffentlichen Ausschreibepaxis. Gerade für den Einsatz von mineralischen Baustoffen ist das ein Meilenstein!

Schon während der Hochzeiten der Corona-Pandemie hatten wir in Deutschland und der EU mit Lieferkettenproblemen und Rohstoffknappheit zu kämpfen. Denken Sie, dass sich aufgrund dieser Herausforderungen auch der Stellenwert des Recyclings von Rohstoffen in der Wirtschaft gewandelt hat?

Alexander Varwerk: Bisher lässt sich nicht wirklich ein Trend feststellen, der zu einem vermehrten Einsatz von Sekundärrohstoffen führt. Die Ersatzbaustoffverordnung wird hier sicherlich zu einem positiven Wandel beitragen.

Lutz Machulez-Hellberg: Dank „Fridays for Future“ oder auch „Scientists for Future“ ist die Sensibilisierung in puncto Recycling und Upcycling in der Gesellschaft viel größer geworden. Wirtschaftlich betrachtet müssen wir vor allem Anreize setzen. Möglichkeiten gibt es hier viele. Unternehmen unterliegen laut Gewerbeabfallverordnung zum Beispiel einer Getrenntsammlungspflicht. Warum kann sich eine super Sortierstatistik nicht auch bilanziell beispielsweise über Steuererleichterungen positiv auswirken?

Inwiefern kann der verstärkte Einsatz von Sekundärrohstoffen Wertschöpfung in Deutschland generieren?

Lutz Machulez-Hellberg: Möglichkeiten zur Wertschöpfung gibt es hier genügend. Wir sind in Deutschland nur nicht konse-

quent genug. Wir haben zum Beispiel hier in der näheren Umgebung Vorkommen Seltener Erden, dürfen diese aber aus verschiedenen Gründen nicht abbauen. Das ist in mindestens zweierlei Hinsicht nicht nachhaltig!

Jetzt geht es darum, den Wohlstand bei gleichzeitiger Verkleinerung des CO₂-Fußabdrucks zu halten. Dabei muss das Recycling einen anderen Stellenwert bekommen.

Alexander Varwerk: Waren, die in Deutschland konsumiert werden, müssen auch hier recycelt werden. Wir dürfen unsere Probleme nicht mehr in Drittstaaten entsorgen. Dafür benötigen wir aber einfachere Planungs- und Genehmigungsverfahren, um die Möglichkeit der Müllentsorgung in Drittstaaten zu verhindern. Es wird nicht ohne Ge- und Verbote gehen. ■

Weitere Informationen: www.machulez.de



Foto: @gettyimages/Mike Watson Images

Rohstoffmangel: Wer denkt da an Flächen?

Moderne Gewerbegebiete zwischen Flächenknappheit und Nachhaltigkeit



Die Zukunft der Gewerbeflächen ist eng verwoben mit den klimatischen Entwicklungen und anderen derzeit ablaufenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen.

Der verfügbare Raum ist begrenzt. Das ist nur logisch, wird einem aber selten vor Augen geführt. Wohnen, Leben, Arbeiten, alles braucht seinen Platz. Dazu kommen auch noch Naturschutzgebiete und Infrastruktur. Verschiedene Entwicklungen führen dazu, dass die Konkurrenz um verfügbare Flächen stetig steigt. Beispielsweise geht das Statistische Bundesamt davon aus, dass die Anzahl der Einpersonenhaushalte bis 2040 um zwei Millionen zunehmen wird und dann insgesamt 24 Prozent der Menschen allein wohnen werden. Das führt zu einem steigenden Bedarf an Neubauten. Die Folge: Der Flächen- und Druck steigt. Vielfältige Nutzungsansprüche aus Landwirtschaft und Naturschutz wollen ebenfalls zu ihrem Recht kommen. Auch die gewerbliche Wirtschaft ist darauf angewiesen, für den Infrastrukturausbau und moderne Industrie- und Gewerbegebiete weitere Flächen in Anspruch zu nehmen.

Nutzungsvarianten konkurrieren miteinander

Die Bundesregierung hat sich in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie außerdem zum Ziel gesetzt, die tägliche durchschnittliche Neuinanspruchnahme von Flächen auf unter 30 Hektar zu reduzieren – bis zum Jahr 2030. Derzeit werden noch täglich 56 Hektar (gut 78 Fußballfelder) am Tag „verbraucht“. Der Gesetzgeber ist da-

her mit neuen Regelungen aktiv geworden, und so steht seit 2013 in Paragraf 1 Absatz 5 des Baugesetzbuches (BauGB), dass „die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen“ soll. Auch die Raumordnung in Niedersachsen kennt den Grundsatz, dass bei der Entwicklung der räumlichen Struktur des Landes „die Möglichkeiten der Reduzierung der Neuinanspruchnahme [...] von Freiflächen ausgeschöpft werden“ sollen. Diese Vorgaben halten alle beteiligten Akteure zu mehr Sparsamkeit an. Dennoch besteht nach wie vor Erweiterungsbedarf in der Wirtschaft. Es stellt sich daher die Frage, wie dieser Herausforderung begegnet, ein sparsamerer Umgang mit dem begrenzten Gut „Fläche“ erreicht und trotzdem den Unternehmen Weiterentwicklungsspielraum zur Verfügung gestellt werden kann.

Über kommunale Grenzen hinweg denken

Ein Weg kann sein, in die Höhe zu denken. Und das nicht nur bei Bürokomplexen, sondern auch bei Produktions- und Logistikbetrieben. „Gestapelte“ Gewerbeflächen ist das Stichwort. Das stellt sicherlich neue Herausforderungen an die Realisierung der Gebäude, bietet aber die Chance, Flächen mehrfach zu nutzen. Des Weiteren können neue Gewerbegebiete an den am besten ge-

eigneten Standorten, zum Beispiel an verkehrlich gut erschlossenen, entstehen, unabhängig davon, ob eine kommunale Grenze die Fläche kreuzt oder nicht. Durch so genannte interkommunale Gewerbegebiete lassen sich ggf. auch größere Flächenpotenziale heben und geeignetere Standorte realisieren, die ansonsten schwierig umzusetzen wären. Durch die Konzentration gewerblicher Nutzung auf Gunsträume können dann möglicherweise auch Lärmkonflikte vermieden werden, wenn diese konsequent von Wohnnutzungen getrennt werden.

Gewerbeflächen klimaschonend gestalten

Die Gewerbeflächen der Zukunft werden auch in anderen Belangen nachhaltiger aussehen. Bis 2050 will die Europäische Union klimaneutral werden, denn die Folgen der Klimaerhitzung werden auch in Europa zunehmend spürbar. Steigende Temperaturen und Meeresspiegel sowie häufigere Starkregenereignisse und mögliche Fluten sind einige Beispiele für die kommenden klimatischen Entwicklungen. Die Zukunft der Gewerbeflächen ist eng verwoben mit diesen und anderen derzeit ablaufenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Nicht nur Flächen werden schwieriger zu akquirieren: Auch Fachkräfte werden rarer. Die Unternehmen bekommen verstärkt Probleme, ihre freien Stellen zu besetzen. Nach der Corona-Pandemie ist zudem klar, dass viele Mitarbeiter gerne auch im Homeoffice arbeiten wollen. All dies wird verändern, wie wir zukünftig Industrie- und Gewerbegebiete planen und ausgestalten werden. Klar ist, dass auch weiterhin attraktive und moderne Gewerbeflächen benötigt werden, um die Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen zu versorgen. Diese Gewerbeflächen müssen sich technisch auf der Höhe der Zeit bewegen, also insbesondere über eine gut ausgebaute Breitbandinfrastruktur verfügen, und den Betrieben genug Entfaltungsspielraum bieten. Bei immissionsintensiven Betrieben bleiben daher Lagen, die möglichst von schutzwürdigen Nutzungen getrennt sind, wichtig.

Wie lässt sich jedoch auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren? Ein Stichwort lautet hier „nachhaltige Gewerbegebiete“. Damit sind solche Flächen für Unternehmen gemeint, die ökologische Vorteile bieten, aber auch in Bezug auf ökonomische und soziale Aspekte einen weitergehenden Nutzen bringen können. Es ergeben sich hier zudem Möglichkeiten, klimabedingten Katastrophen entgegenzuwirken. In Zukunft wird insbesondere die CO₂-neutrale Energieerzeugung eine zentrale Rolle spielen. In einem nachhaltigen Gewerbegebiet würde das nicht nur Stromerzeugung (und -speicherung) zum Beispiel mittels Photovoltaik bedeuten, sondern es wären auch verstärkt Synergien zwischen den Unternehmen zu schaffen, um beispielsweise Abwärme zu nutzen, die ansonsten verpuffen würde. Um ein Gewerbegebiet nachhaltiger zu gestalten, sind Begrünungen wichtig und in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft. Zu einem dienen diese zum Erhalt der Biodiversität, zum anderen schaffen

sie aber auch ein besseres Mikroklima was insbesondere bei Hitzewellen die Gebäude und Umgebung kühler hält. Gründächer und Rasengittersteine zum Beispiel verbessern den Regenwasserabfluss und helfen so, Überflutungen zu vermeiden. Letztendlich sind Grünstrukturen auch eine Aufwertung der Aufenthaltsqualität für die Mitarbeiter in ihren Pausen und können auch die Fachkräftegewinnung zu einem kleinen Teil mit unterstützen. Zahlreiche weitere Bausteine solcher nachhaltiger Gewerbegebiete sind denkbar: Aufgefanges Wasser wird mehrfach genutzt, Flächen- und Gebäudezuschnitte werden optimiert, die verkehrliche Erschließung dieser Gebiete wird CO₂-neutral realisiert und eine Anbindung an den ÖPNV ist gegeben. Gemeinschaftsgebäude erhöhen die Effizienz und verringern den Flächenbedarf. Die Höhe wird ausgenutzt und die Chancen der Digitalisierung werden konsequent genutzt. Viele Unternehmen und Kommunen haben dies bereits als sinnvoll erkannt und leisten damit ihren Beitrag zu einem nachhaltigen und flächenschonenden Weg in die Zukunft. ■

Eike Koopmann IHK Stade
04141 524-140
eike.koopmann@stade.ihk.de



M-Logistik • M-Cycle • M-Bau • Renatur
Die lückenlose Logistik von der Rohstoffquelle bis zu Ihrer Baustelle... und mit dem Container zurück.
www.machulez.de 04721 / 74 44 44

MACHULEZ



Foto: MW / Shino Photography

Rohstoffe für die Zukunft

Ein Interview mit Olaf Lies, dem niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung.

Herr Lies, Deutschland ist ein rohstoffarmes Land und deshalb auf Importe angewiesen. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben allen bewusst gemacht, wie vulnerabel Lieferketten sein können. Wo sehen Sie – abgesehen von den uns allen bekannten Engpässen in der Energieversorgung – Herausforderungen?

Deutschland, und speziell Niedersachsen, verfügt über ausreichende mineralische Massenrohstoffe wie Sand, Ton und Natursteine, die insbesondere für die Bauwirtschaft wichtig sind. Allerdings sind diese Rohstoffe aufgrund der naturräumlichen

Gliederung sehr ungleich verteilt. Das führt in den Regionen zu unterschiedlichen Belastungen durch den Bodenabbau.

Bei anderen Rohstoffgruppen wie Kies oder bestimmten Festgesteinen sind viele der hochwertigen Lagerstätten bereits ausgefördert. Hier stehen wir vor der Aufgabe, möglichst in allen Regionen des Landes und nah am Verbraucher, neue Lagerstätten zu suchen, auszuweisen und für eine wirtschaftliche Nutzung vorzubereiten.

Große Herausforderungen bestehen auch in Bezug auf Seltene Erden, die in vielen Produktionsprozessen der Gegenwart und Zukunft eine herausragende Bedeutung haben. Mehr als 95 Prozent der weltweiten Produktionsmenge entfallen derzeit auf China.

In Niedersachsen sind erhöhte Lithiumgehalte in Tiefenwässern aus Gesteinen des Norddeutschen Beckens nachgewiesen worden. Derzeit wird im Rahmen eines Tiefengeothermievorhabens in Niedersachsen geprüft, ob Lithiumgewinnung aus geothermalen Tiefenwässern technisch und wirtschaftlich möglich ist. Ein weiteres Projekt, das von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) koordiniert wird, ist „Li+Fluids“ – dieses nutzt die bestehende Forschungsbohrung Horstberg, um unter anderem Extraktionsversuche zur Gewinnung von Lithium aus Tiefenwässern zu erproben.

Buntmetallerze sind in Niedersachsen auf den Oberharz begrenzt und stehen nicht mehr zur Verfügung. Und obwohl in der Grube Hilfe Gottes bei Bad Grund noch wertvolle Vorräte von mehreren Millionen Tonnen Erz nachgewiesen sind, wurde sie 1992 stillgelegt. Zum Zeitpunkt der Schließung ließen die niedrigen Weltmarktpreise für Buntmetalle einen wirtschaftlichen Bergbau aber nicht mehr zu. Und selbst bei hohen Metallpreisen ist eine Wiederaufnahme des Bergbaus und die Gewinnung der noch vorhandenen Restvorräte an Roherz nach derzeitigem Kenntnisstand nicht wirtschaftlich möglich.

Es gibt mehrere Forschungsprojekte, wie beispielsweise REWITA und HTMET der TU Clausthal, die sich mit einer möglichen Nutzung der aus dem Altbergbau resultierenden Halden und Bergeteiche im Harz und dem Harzvorland beschäftigen. Allerdings ist eine wirtschaftliche Wiederaufarbeitung dieses Rohstoffpotenzials für Erze und Seltene Erden derzeit nicht absehbar.

Niedersachsen besitzt zwar noch beträchtliche Mengen an Eisenerz – rund zwei Milliarden Erz mit ungefähr 700 Millionen Tonnen Eisengehalt – die eine gewisse Zukunftsreserve darstellen. Dennoch ist eine Wiederaufnahme der Eisenerzgewinnung, trotz erheblich gestiegener Weltmarktpreise für Erzkonzentrate, derzeit nicht absehbar.

Insgesamt, über alle Rohstoffe betrachtet, bildet sich auch in Niedersachsen eine seit vielen Jahren deutschlandweit zu beobachtende degressive Entwicklung ab. Metallerze werden seit Jahrzehnten nicht mehr abgebaut, die Steinkohleförderung wurde 2018 eingestellt, die Braunkohleförderung wird in den nächsten Jahrzehnten zunehmend und drastisch reduziert werden und



→ Lesen Sie das gesamte Interview auf unserer Internetseite

die Produktion von Erdöl und Erdgas aus heimischen Lagerstätten ist momentan stark rückläufig. Die aktuellen weltpolitischen Ereignisse, wie der Angriff Russlands auf die Ukraine, führen zwar zu einer kritischen Betrachtung der zunehmenden Importabhängigkeit Deutschlands von mineralischen Rohstoffen und fossilen Energieträgern. Die wirtschafts- und energiepolitischen Entscheidungen und Entwicklungen der letzten Jahrzehnte werden sie jedoch kurzfristig nicht umkehren können.

Welches sind, Ihrer Meinung nach, die Ansatzpunkte zum einen für die Politik, zum anderen für die Wirtschaft, diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen?

Eine effektivere Gewinnung mineralischer Massenrohstoffe, die den Bedürfnissen der Verbraucher näherkommt, gibt es derzeit nicht. Niedersachsen nutzt bereits Recycling-, Substitutions- und Verwertungsmethoden, um eine Verwertungsquote von über 90 Prozent bei mineralischen Bauabfällen zu erreichen. Nach einem Monitoring der Initiative Kreislaufwirtschaft Bau aus dem Jahr 2018 konnte durch diese Verwertungs- und Recyclingmaßnahmen der Bedarf an primären Rohstoffen immerhin um bis zu 15 Prozent reduziert werden.

Es gibt auch neue und vielversprechende Recyclingkonzepte für bestimmte Baurohstoffe, die bereits in der Erforschungs- oder Prüfungsphase sind. Allerdings ist ihre Übernahme in den Wirtschaftskreislauf unter kosten- und umweltrelevanten Aspekten mittelfristig noch nicht oder in nicht ausreichender Menge gewährleistet.

Es ist daher besonders wichtig, dass die regionale und überregionale Versorgung mit heimischen Rohstoffen noch stärker in den Regionalen Raumordnungsprogrammen vieler niedersächsischer Landkreise berücksichtigt wird. In der Vergangenheit wurden teilweise nur die Lagerstätten von überregionaler Bedeutung (1. Ordnung), die im Landes-Raumordnungsprogramm verbindlich ausgewiesen sind, von den Trägern der Regionalplanung

übernommen. Angesichts der zunehmenden Erschöpfung großer Lagerstätten in den letzten Jahrzehnten ist hier ein Umdenken nötig: Dabei sollten auch für die Sand- und Kiesgewinnung Lagerstätten 2. Ordnung mehr in den Fokus rücken und in der Regionalplanung berücksichtigt werden. Um die ausgeförderten Lagerstätten adäquat und zukunftsgerichtet ersetzen zu können, müssen in die Raumordnungsprogramme der verschiedenen Planungsebenen (LROP, RROP) verstärkt auch neue Rohstoffflächen aufgenommen werden. Nur der Schutz vor weiterer Überplanung sowie die konsequente Erschließung und Bereitstellung dieser Rohstoffpotenziale in Verbindung mit effizienten Genehmigungsverfahren kann zukünftig die Versorgung mit heimischen Rohstoffen sicherstellen.

Olaf Scholz hat die neue „Deutschland-Geschwindigkeit“ zum Beispiel für die Genehmigung von Infrastrukturvorhaben ausgerufen. Wo sehen Sie im Zusammenhang mit dem Thema Rohstoffe bereits positive Effekte und wo muss noch nachgearbeitet werden?

Niedersachsen hat eine spezialisierte Fachbehörde, das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), die geologische und lagerstättenkundliche Daten sammelt, bewertet und Behörden, Wirtschaft und Verbänden bereitstellt. Das neue Geologiedatengesetz (GeolDG), das im Juni 2020 bundesweit in Kraft getreten ist, verbessert und erleichtert die Sicherung und öffentliche Bereitstellung aller verfügbaren Geofachdaten erheblich. Und nicht zuletzt hat die Beschleunigung von Genehmigungsprozessen bei Infrastrukturvorhaben gezeigt, dass politischer Wille und wirtschaftliche Notwendigkeit verfestigte Prozesse deutlich verkürzen und breit aufgestellte gesellschaftliche Akzeptanz schaffen können.

Lesen Sie weiter unter: www.ihk.de/stade/interview-lies

Anzeige

WENN

du Macher bist,

DANN

sind wir deine
Versicherung.

VGH GewerbeSchutz

Wir geben Selbstständigen Sicherheit:
vom eigenen Start-up bis zur Zahnarztpraxis.
www.vgh.de/firmen

Finanzgruppe

VGH

fair versichert

”

Auch aus Sicht des Naturschutzes ist die Schlickentnahme im Bereich der Fähr-Fahrrinne vor Wischhafen durchaus wünschenswert.

Aufbereiteter Elbschlick statt wertvoller Klei im Deichbau

Pilotprojekt im Landkreis Stade soll Win-Win für Küstenschutz, Fährverkehr und Natur erreichen



Fotos (2): Wirtschaftsförderung Landkreis Stade / Stephanie Wischorny

Die Zeit, den Küstenschutz an den Klimawandel anzupassen, drängt enorm, so der Stader Landrat Kai Seefried. Aber noch immer fehle es an Finanzmitteln, Personal und anderen Ressourcen, so sein dramatischer Appell an Bund und Land. Als Teil des von Seefried geforderten „Generalplan Elbe“ treibt der Landkreis Stade deshalb gemeinsam mit den Deichverbänden das „Pilotprojekt Wischhafener Süderelbe“ voran: Kann Schlick aus der Elbe beim Bau von Deichen den landwirtschaftlich wertvollen Kleiboden aus den Marschen ersetzen? Der Landrat verspricht sich eine „Win-Win-Situation“, denn Schlick behindert immer stärker den Verkehr der Elbfähre Wischhafen-Glückstadt.

Klimawandel macht Anpassungen erforderlich

Im Rahmen des größten Deichbauprojektes nach 1962 und 1973 müssen Deiche und Sperrwerke in den nächsten 30 Jahren um mindestens einen Meter, im Landkreis Stade um bis zu 2,10 Meter erhöht werden, um dem globalen Meeresspiegelanstieg und stärkeren Sturmfluten standzuhalten. Der Bedarf an der Ressource Boden ist enorm: Allein für die 67 Kilometer Elbdeich im Landkreis Stade werden etwa 3,9 Millionen Kubikmeter Klei und 2,9 Millionen Kubikmeter Sand benötigt – das entspricht 760.000 Lkw-Ladungen. Mehr als 575 Millionen Euro wird die Ertüchtigung der Elbdeiche und der Neubau von sieben Sperrwerken allein im Landkreis Stade kosten, so eine Berechnung aus dem Jahr 2021.

Forschungen und Versuche, aus Schlick baufähiges Bodenmaterial herzustellen, gab es bereits in der Vergangenheit – beispielsweise auf Rügen, im ostfriesischen Harlesiel, an der Ems und in Hamburg.

Für das „Pilotprojekt Wischhafener Süderelbe“ konnte Landrat Seefried bereits kurz nach seinem Amtsantritt 2021 die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) ins Boot holen. Die Bundesbehörde sorgt für die „Sicherheit und Leichtigkeit“ des Schiffsverkehrs auf Bundeswasserstraßen, wie es im Fachjargon heißt. Dabei ist beim Pilotprojekt auch der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, kurz NLWKN, mit allen in seinem Namen enthaltenen Aufgaben. Auch die Deichverbände und als Kommune die Samtgemeinde Nordkehdingen beteiligen sich.

Material muss speziellen Anforderungen genügen

Aber es gibt nach ersten Untersuchungen an der Elbe noch viele offene Fragen. Ist das Material aus der Süderelbe bei Wischhafen überhaupt als Baumaterial für Deiche geeignet? „Sedimente“, wie Fachleute das abgelagerte, von der Strömung des Flusses sortierte Bodenmaterial nennen, können sehr unterschiedliche Eigenschaften haben – noch dazu, wenn sich ein Gemisch aus feinem Schlick und größerem Sand ablagert. Besonders gesucht für die äußere, dichte Hülle der Deiche, auf denen später Gras wächst und die die Deichschafe festtreten sollen, sind die feinsten Bodenbestandteile, so genannte Tonminerale. Auch der fette, fruchtbare Marschboden ist einst aus solchen Watt-sedimenten entstanden. Der Kern der modernen Deiche besteht



Landrat Kai Seefried

hingegen eher aus sandigen Böden. Die sind besser verfügbar, somit preiswerter, aber sie würden ohne den Schutz durch die dichte Kleibedeckung sofort von einer Sturmflut weggespült. Außerdem wirken die Sande im Inneren des Deiches entwässernd über eine Drainage, die das Wasser abführt und der Deich somit nicht aufweicht.

Erste Probennahmen im Bereich der Wischhafener Fähr-Fahr-rinne durch die dem Anleger vorgelagerte Untiefe „Brammerbank“ und anschließende Korngrößen-Analysen ergaben noch nicht die erhofften Ergebnisse. Zu heterogen war das Material, die erforderlichen feinen Lehmenteile zu gering. Die Werte der Schadstoffbelastung hingegen, so ergaben die bisherigen Analysen des NLWKN, gingen in Ordnung.

Weitere Sedimentproben sind mit Unterstützung der WSV in störenden, bereits verfestigten Schlickablagerungen am Rand der Fähr-Fahr-rinne genommen worden. Ergebnisse der Analysen stehen noch aus. Sollte dieser Schlick mengenmäßig und von der Qualität her grundsätzlich für den Deichbau geeignet sein, geht es um logistische und technische Fragen. Per Bagger und/oder Spülrohr würde das Material zu einer mehrere Hektar großen, mit einem Minideich abgegrenzten Ablagerungsfläche (Spülfeld oder Polder) transportiert. Ein geeigneter Standort in Wischhafen ist im Gespräch. Erst nach mehreren Jahren der Ablagerung und Entwässerung könnte der nunmehr zu Klei gewordene Schlick als Deichbaumaterial zum Einsatz kommen können.

Auch aus Sicht des Naturschutzes ist die Schlickentnahme im Bereich der Fähr-Fahr-rinne vor Wischhafen durchaus wünschenswert. Wattgebiete, die bei Niedrigwasser zu Tage treten, verdrängen immer mehr die Flachwasserzonen in der Unterelbe. Die aber sind für viele Fischarten, darunter die bedrohte Finte, als Aufzuchtgewässer für den Nachwuchs und als Nahrungsgebiet besonders wichtig. ■

Christian Schmidt
Landkreis Stade



Foto: @gettyimages/chinaface



Foto: Jürgen Wallstabe



”
Die sichere
Rohstoffversorgung
ist mit Blick auf
das Gelingen
der Energiewende
und der Digitalisierung
essenziell.

Rohstoffsicherheit: Dringender Handlungsbedarf bei neun Mineralien

Bei vielen Schlüsseltechnologien wie Batterietechnik, Robotik und erneuerbaren Energien ist Deutschland von importierten Rohstoffen abhängig, oftmals von einzelnen Lieferländern wie China. Das ifo Institut hat in einem 2022 veröffentlichten Papier Vorschläge für resilientere Lieferketten bei kritischen Rohstoffen gemacht. Auftraggeber der Studie sind die IHK für München und Oberbayern und die DIHK.

Dringender Handlungsbedarf für krisensichere Lieferketten besteht bei neun kritischen Mineralien, das sind Kobalt, Bor, Silizium, Graphit, Magnesium, Lithium, Niob, Seltene Erden und Titan. Hier sind mehr Bezugsquellen nötig, um die Lieferketten widerstandsfähiger zu machen“, fasst Lisandra Flach, Leiterin des ifo Zentrums für Außenwirtschaft, das Ergebnis einer ifo-Studie zusammen. Lieferkettenstörungen sind laut Studie bei den genannten Rohstoffen besonders problematisch, da alternative Quellen nur langfristig erschlossen werden könnten. Dies sei eine Lektion der jüngsten Versorgungsnotlagen im Zuge der Corona-Pandemie und geopolitischer Krisen wie dem Ukraine-Krieg.

Die sichere Rohstoffversorgung ist mit Blick auf das Gelingen der Energiewende und der Digitalisierung essenziell. Die Unternehmen müssen sich noch stärker als bislang um vielfältige und belastbare Lieferketten für kritische Rohstoffe kümmern. Aber auch die Bundesregierung und die EU-Kommission sollten ihren Beitrag leisten, da viele dieser Rohstoffe in autokratischen Ländern vorkommen und der direkte Bezug für den Mittelstand große geschäftliche und rechtliche Risiken bedeutet. Ein effizientes Recycling gewinnt daher auch an Bedeutung. Studienautorin Lisandra Flach betont, dass bei sieben der neun besonders kriti-

schen Rohstoffe China einer der größten Anbieter am Weltmarkt ist, teilweise in marktdominierender Position. Dies spreche für eine schnelle Verstärkung bereits bestehender Handelsbeziehungen zu anderen Ländern, darunter Thailand und Vietnam für die Seltene Erden, aber auch Argentinien, Brasilien, USA und Australien für andere kritische Rohstoffe. Die Außenhandelsexpertin unterstreicht, dass bei der Mehrheit der in der Studie untersuchten 23 kritischen Rohstoffe Maßnahmen für widerstandsfähigere Lieferketten nötig seien.

DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier sieht Potenzial in einer besseren EU-weiten Abstimmung sowohl bei Strategien für eine bessere Rohstoffverteilung innerhalb der EU als auch in der gemeinsamen Handelspolitik nach außen: „Viele EU-Mitglieder verfügen über Potenziale bei kritischen Rohstoffen. Hier muss die Erschließung und Verarbeitung von Rohstoffen innerhalb der EU verstärkt ausgebaut werden. Zusätzlich muss die EU rasch mit Handels- und Investitionsabkommen den Unternehmen dabei helfen, weltweit neue und nachhaltige Rohstoffquellen zu erschließen. Gerade die Abkommen mit Mercosur, aber auch Indonesien und Indien sind hierfür relevant und sollten rasch abgeschlossen und ratifiziert werden.“ ■

Quelle: DIHK



Kritische Rohstoffe: Europäische Kommission will Versorgungssicherheit erhöhen

Der von der EU-Kommission am 16. März vorgelegte Gesetzesvorschlag zu kritischen Rohstoffen („Critical Raw Materials Act“) zielt darauf ab, alle Stufen der europäischen Wertschöpfungsketten für kritische Rohstoffe zu stärken.

Um die Versorgungssicherheit der EU zu erhöhen, sollen Abbauprojekte für Rohstoffe in der EU erleichtert, Rohstoffpartnerschaften mit Nicht-EU-Ländern geschlossen und die Einfuhren der EU diversifiziert werden. Zusätzlich soll die Versorgungssicherheit der EU durch eine gestärkte Kreislaufwirtschaft verbessert werden.

Die EU-Liste der kritischen Rohstoffe beinhaltet 23 Rohstoffe, zum Beispiel Aluminium, Lithium oder Magnesium, die für die Wirtschaft der EU insgesamt von großer Bedeutung sind und bei denen ein hohes Risiko einer Versorgungsunterbrechung besteht.

Bei vielen Rohstoffen wäre die EU gegenwärtig nicht in der Lage, ihre Rohstoffbedarfe aus eigenen Vorkommen zu decken. Außerdem steigen in den nächsten Jahren die Bedarfe an Rohstoffen für die Digitalisierung und die Transformation hin zur Klimaneutralität stark an, weshalb selbst bei einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft gegenwärtig noch nicht genügend Rohstoffe in der EU zirkulieren würden.

Rohstoffpartnerschaften können einen verlässlichen Rahmen schaffen, der den Zugang zu Rohstoffen aus anderen Ländern erleichtert. So könnte beispielsweise der angekündigte „Raw Materials Club“ mit den USA dafür sorgen, dass deutsche Unternehmen, die in die USA exportieren, von einem Teil der im US Inflation Reduction Act enthaltenen Steuererleichterungen profitieren könnten. Denn der Club soll Freihandelsabkommen gleichgestellt werden.

Zusätzlich soll das staatliche Monitoring von Rohstoffen ausgebaut werden. Dies würde jedoch zusätzliche Berichtspflichten, Audits oder andere neue Bürokratiebelastungen für Unternehmen zur Folge haben. So sollen die Mitgliedsstaaten die wichtigsten Marktteilnehmer entlang der Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe durch regelmäßige Datenerhebung überwachen und davon Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern zukünftig ggf. alle zwei Jahre ein Audit ihrer Lieferkette durchführen.



”

Aus Sicht der DIHK sollten das Europäische Parlament und der Rat in den anstehenden Verhandlungen darauf hinwirken, dass die entstehenden Berichtspflichten und Audits entfallen.

Langfristig können die Kreislaufwirtschaft und das Recycling von Rohstoffen der EU dabei helfen, unabhängiger von Rohstoffen aus Nicht-EU-Staaten zu werden und somit die Resilienz der Lieferketten erhöhen. Die Mitgliedsstaaten sollen daher bis spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des CRAM nationale Programme aufbauen, die beispielsweise die Sammlung und das Zusammenführen von Abfällen mit hohem rohstofflichen Wertungspotenzial und den Einsatz kritischer Sekundärrohstoffe in der Produktion enthalten. Zusätzlich müssen Unternehmen die im Gesetz aufgeführten Produkte, zum Beispiel Mikrowellen, mit einem Etikett versehen, aus dem hervorgeht, ob ein Produkt einen Dauermagneten enthält und wenn ja, aus welchem Material.

Aus Sicht der DIHK sollten das Europäische Parlament und der Rat in den anstehenden Verhandlungen darauf hinwirken, dass die entstehenden Berichtspflichten und Audits entfallen. Problematisch sind auch neue staatliche Notfallreserven, die im CRMA vorgesehen sind. Denn Unternehmen wissen selbst am besten, welche Rohstoffe sie benötigen und wie sie die Lagerhaltung effizient organisieren können. ■

Christopher Gosau

Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union

Unabhängig vom Marktgeschehen

Die Matthäi-Gruppe mit Stammsitz in Verden produziert viele ihrer Rohstoffe selbst. Kirsten Kronberg sprach mit Prof. Bernd Afflerbach, technischer Geschäftsführer von Matthäi, über die Firmenphilosophie.

Die Matthäi-Gruppe ist mit ihren Standorten europaweit tätig, unter anderem im Hoch- und Tief- sowie im Straßenbau. Welche Roh-/Baustoffe sind für Ihre Tätigkeiten besonders wichtig?

Stimmt, wir sind mit rund 3.000 Menschen, die bei uns an mehr als 70 Standorten arbeiten, in allen Disziplinen des Bauens vertreten. Einen Schwerpunkt haben wir im Infrastrukturbau. Darum haben Roh- und Baustoffe wie Asphalt, Beton, Schüttgüter aller Art, Stahlspundwände sowie Rohre aus Beton und Kunststoff eine besondere Bedeutung für uns. In der Breite brauchen wir selbstverständlich auch alle anderen Baumaterialien, immer abhängig von der Art des Bauwerks.

Welche Rohstoffe kaufen Sie wo ein und welche produzieren Sie selbst und auch da: wo?

Asphalt, Beton, Natursteine und Schüttgüter produzieren wir selbst, sowohl in der nördlichen Hälfte Deutschlands als auch im europäischen Ausland, zum Beispiel in Finnland oder Polen. Das machen wir in eigenen Mischwerken und Steinbrüchen. Zusätzlich haben wir natürlich für alle benötigten Baumaterialien Lieferanten, bei denen wir bei Bedarf einkaufen.

Wann hat sich Matthäi dazu entschieden, eigene Produktionsstätten aufzubauen, und was waren die Gründe?

Die Entscheidung für die eigene Produktion fiel bei uns bereits in den Siebzigerjahren. Schon damals haben wir erkannt, wie wichtig es ist, in der Rohstoffversorgung möglichst unabhängig vom Marktgeschehen zu agieren. Selbstbestimmung ist ein wichtiger Wert für uns und ein fester Bestandteil unserer Unternehmensphilosophie. Darüber hinaus unterstützen wir mit unserer eigenen Produktion starke Baubetriebe regional als Lieferant. Das ist hilfreich für die Branche insgesamt.

Hatten die Entwicklungen der vergangenen Jahre – z. B. Corona, Brexit, Ukraine-Krieg – Auswirkungen auf die Bautätigkeiten von Matthäi im Hinblick auf das Thema Rohstoffe?

Für uns waren die Auswirkungen dieser Ereignisse auf unsere Bauaktivitäten glücklicherweise nur unwesentlich. Hier kommen die positiven Effekte der eigenen Produktion deutlich zum Tragen. Die Verknappung an den Rohstoffmärkten und die damit einhergehenden Preissteigerungen haben wir in der Matthäi-Gruppe gut abfedern können.

Erwarten Sie in den kommenden Jahren Engpässe in bestimmten Rohstoff-Segmenten? Wie bereiten Sie sich gegebenenfalls darauf vor?

Leider sind Engpässe bei Rohstoffen generell nicht so einfach vorhersehbar, schon gar nicht langfristig. Das liegt schon in der Komplexität der Lieferketten begründet. Aus unserer heutigen Sicht erwarten wir lediglich Engpässe bei der Verfügbarkeit von Bitumen als Bindemittel für unsere Asphaltproduktion. Auch hier arbeiten wir an Lösungen, um uns noch unabhängiger vom Marktgeschehen zu machen.

Arbeiten Sie auch an der Erprobung neuer/alternativer Baumaterialien, z. B. mit Hochschulen, Instituten?

Unbedingt. Wir arbeiten insbesondere mit der Technischen Universität Braunschweig eng zusammen, zum Beispiel bei der Erforschung und Entwicklung synthetischer Bindemittel als Ersatz für Bitumen und Zement. Wir sehen die Baustoffforschung als Schlüssel für das Bauen der Zukunft. Dabei geht es neben der Steigerung der künftigen Verfügbarkeit von Baustoffen immer auch um die Frage der Nachhaltigkeit, also die Umwelt- und Klimaverträglichkeit der Materialien, die beim Bauen zum Einsatz kommen. Gerade hier möchten wir gerne einen Beitrag leisten, um das Bauen insgesamt nachhaltiger zu machen. ■



Foto: Matthäi Gruppe



Gesteinsprobe, die den kritischen Rohstoff Kobalt beinhaltet
(von einer Probebohrung in Broken Hill, NSW)

Foto: Jürgen Walsstabe

Neue Quellen

Australien könnte als Lieferant kritischer Rohstoffe die Unabhängigkeit Europas von China vorantreiben.

Australien ist nicht umsonst als „roter Kontinent“ bekannt. Weite Teile des Landes erscheinen in einem wunderschönen rotbraunen Farbton. Geologen wissen sofort, was das zu bedeuten hat: Eisenerz, Hauptbestandteil oxidiertes Eisen, umgangssprachlich auch Rost genannt. Und so ist es nicht verwunderlich, dass Australien der mit weitem Abstand größte Produzent von Eisenerz, dem begehrten Ausgangsmaterial für die Stahlindustrie, ist. Neben Eisenerz fördern zahlreiche Unternehmen „Down Under“ auch Kohle – einerseits in Form von thermischer Kohle zur Stromerzeugung in Kraftwerken, andererseits in Form von Koks-kohle als Reduktionsmittel bei der Stahlerzeugung. Ein Ende der australischen Kohleproduktion ist zwar mittelfristig nicht in Sicht, dafür ist die Nachfrage aus den aufstrebenden, energiehungrigen Nationen Asiens zu hoch. Langfristig jedoch werden auch Indien, China und Co. ihre Kohlekraftwerke abschalten und durch erneuerbare Energien erset-

zen (müssen). Und Koks-kohle könnte durch Wasserstoff ersetzt werden, was sich ebenfalls hervorragend als Reduktionsmittel in Stahlhütten eignet. Dass Australien aktuell stark auf die zukünftige Produktion von grünem Wasserstoff setzt, trifft sich hervorragend, soll aber im Umfang dieses Beitrags nicht weiter erläutert werden.

Eine Delegation der IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum wird sich diesem Thema im Rahmen einer Australien-Delegationsreise im Oktober 2023 widmen.

Aufgrund der großen Distanz zu Australien beziehen europäische Abnehmer die genannten Rohstoffe überwiegend aus anderen Ländern wie Brasilien, Kanada oder Südafrika. Hauptabnehmer für Australiens Rohstoffe sind in Asien zu finden – allen voran China, aber auch Japan, Südkorea, Indien, Taiwan und andere. Insbesondere China ist jedoch nicht nur Importeur von Australiens Kohle und Eisenerz, sondern auch von so genannten

»



Die Critical Minerals Delegation in Perth im September 2022



Fotos (2): Jürgen Wollstabe

Rohstoffreichtum Australiens

Nahezu alle kritischen Rohstoffe sind in Australien in signifikanten Mengen vorhanden.

Weiterverarbeitung kritischer Rohstoffe

Australien macht aktuell beträchtliche Fortschritte beim Aufbau einer heimischen Industrie zur Weiterverarbeitung von kritischen Rohstoffen in verschiedenen Wertschöpfungsketten mit dem Ziel, europäischen Abnehmern Produkte anbieten zu können, die nicht den Umweg über China gehen müssen. Bergbauunternehmen werden dabei mit einer Reihe von Förderinstrumenten unterstützt.

Politisches Umfeld

Als gewachsene Demokratie genießt Australien ein stabiles politisches Umfeld, teilt grundlegende Werte mit der westlichen Welt und unterhält mit Europa langjährige partnerschaftliche Beziehungen.

Hohe ESG-Standards

In allen ESG-Bereichen (Environmental, Social, Governance) punktet Australien im Vergleich zu vielen konkurrierenden Nationen. Neben großem Potenzial für erneuerbare Energien zur CO₂-armen Produktion von Rohstoffen hat Australien strenge Umweltgesetze. Darüber hinaus haben Bergbauunternehmen aus der Vergangenheit gelernt und unterhalten gute Beziehungen zu betroffenen Gemeinden und Kulturen, insbesondere mit den Aborigines. Zu guter Letzt sind Probleme mancher anderer Nationen wie Korruption oder Kinderarbeit in Australien kein Thema.

- » kritischen Rohstoffen wie Lithium, Kobalt oder Seltenen Erden – Rohstoffe, die als Grundlage für Batterien oder starke Magnete speziell für die Energiewende von immenser Bedeutung sind. Welche Rohstoffe für ein jeweiliges Land kritisch sind, wird im Übrigen ausgehend von den Bedarfen ihrer lokalen Industrien definiert. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich China als weltweit führende Nation für die Förderung und insbesondere für die Weiterverarbeitung kritischer Rohstoffe etabliert. Und hier liegt die Krux – europäische Unternehmen, die zum Beispiel Batterierohstoffe beziehen möchten, kommen an China kaum vorbei. In Zeiten steigender politischer Unsicherheit strebt die westliche Welt danach, die Abhängigkeit von China in strategisch wichtigen Bereichen zu reduzieren.

Australische Unternehmen und die australische Regierung haben diese Entwicklung erkannt und richten sich im Bereich der kritischen Rohstoffe darauf aus, künftig der bevorzugte Lieferant für die westliche Welt zu werden. Zusammen mit gewichtigen Standortvorteilen Australiens im Vergleich zu konkurrierenden Nationen ergibt sich ein Gesamtbild, welches kritische Rohstoffe vom roten Kontinent für potenzielle deutsche und europäische Abnehmer sehr attraktiv macht:

Trotz aller positiven Aspekte ist der Aufbau einer gänzlich neuen Industrie – noch vor wenigen Jahren interessierte sich nämlich kaum jemand für viele der nun „kritischen“ Rohstoffe – natürlich kein Selbstläufer. Neue Minenprojekte benötigen Machbarkeitsstudien, Genehmigungen und – ganz wichtig – Geld. Bei der Finanzierung von Projekten im Bereich der kritischen Rohstoffe tun sich Bergbauunternehmen nach wie vor schwer. Ein gewichtiger Grund dafür ist die im Vergleich zu traditionellen Rohstoffen auch aufgrund mangelnder Erfahrung fehlende Gewissheit in Hinblick auf viele Faktoren, darunter zum Beispiel Unsicherheit bezüglich Baukosten, stark schwankende Rohstoffpreise und mangelhafte Einschätzung der zukünftigen Nachfrage.

Hilfreich für die Finanzierung von Rohstoffprojekten sind unter anderem verbindliche Abnahmeverträge mit etablierten und renommierten Partnern. Erst kürzlich unterzeichnete der deutsche Hersteller von Windkraftanlagen Siemens Gamesa während einer Australienreise der parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) einen Abnahmevertrag mit der australischen Firma Arafura Rare Earths für die Lieferung von Seltenen Erden ab dem Jahr 2026. Weitere deutsche Unternehmen,



In Zeiten steigender politischer Unsicherheit strebt die westliche Welt danach, die Abhängigkeit von China in strategisch wichtigen Bereichen zu reduzieren.

darunter Schaeffler, ThyssenKrupp Materials Trading und BMW, haben ebenfalls Abnahmeverträge mit australischen Bergbauunternehmen unterzeichnet.

Das vom BMWK geförderte und an der Deutsch-Australischen Industrie- und Handelskammer ansässige Kompetenzzentrum für Bergbau & Rohstoffe begleitet die aktuelle Entwicklung im Bereich der kritischen Rohstoffe in zweierlei Hinsicht. Zum einen sammelt und bewertet das Kompetenzzentrum Informationen zu bestehenden und neuen Bergbau- bzw. Weiterverarbeitungsprojekten, stellt Kontakte zwischen australischen und deutschen

Stakeholdern her und begleitet politische Delegationen. Zum anderen unterstützt das Kompetenzzentrum deutsche Bergbauzulieferer, die im australischen Bergbau allgemein und insbesondere im Bereich der kritischen Rohstoffe tätig sind. ■

Jürgen Wallstabe

Deutsch-Australische Industrie- und Handelskammer

Weitere Informationen: AHK Australien, Jürgen Wallstabe,
E-Mail: juergen.wallstabe@germany.org.au

Vorsorge | Versicherung

Richtigstellung

Im Anzeigenkollektiv Vorsorge | Versicherung der Ausgabe 04/2023 des IHK Magazins wurde berichtet, dass sich ab dem Jahr 2023 die Steuern für Vererbung und Schenkung von Immobilien erhöhen werden.

Richtig ist, dass es bislang noch keine Änderungen bei der Höhe der erbschaftsteuerlichen Freibeträge gegeben hat.

Alle derzeit geltenden Bestimmungen zur Erbschaftsteuer finden sich unter www.bmf-erbsth.de.

Der Verlag entschuldigt sich für die fehlerhafte Berichterstattung.

Tempolimits können mehr Treibhausgase sparen als bisher gedacht

Laut neuen Berechnungen im Auftrag des Umweltbundesamtes könnte ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Außerortsstraßen den Treibhausgasausstoß des deutschen Straßenverkehrs um gut 5 Prozent reduzieren. Dies entspricht einer Einsparung von etwa 8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Jahr. Ein Tempolimit von 120 km/h allein könnte den Treibhausgasausstoß um 4,2 Prozent reduzieren, was rund 6,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquiva-

lenten pro Jahr entspricht (basierend auf dem Jahr 2018). Durch zusätzliches Tempolimit von 80 km/h auf Außerortsstraßen wäre eine Gesamtminderung von 5,1 Prozent oder bis zu 8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Jahr möglich.

Die neuen Berechnungen berücksichtigten neben dem Effekt des geringeren Kraftstoffverbrauchs aufgrund der niedrigeren Geschwindigkeiten durch das Tempolimit auch weitere

Faktoren wie zum Beispiel Routenwahleffekte: Das Tempolimit führt dazu, dass vermehrt kürzere Strecken gewählt werden, die langsamer befahren werden. Dadurch wird zusätzlich Kraftstoff eingespart. Außerdem verändern sich die Nachfrageeffekte: Aufgrund der längeren Reisezeiten auf Autobahnen ist zu erwarten, dass ein Teil der Fahrten auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel wie Bahn oder Fernbus umgestiegen wird oder ganz entfällt.



CLEAN ENERGY SOLUTIONS PROVIDER

Die Energiewende gemeinsam gestalten.

WINDENERGIE



PHOTOVOLTAIK



POWER-TO-X



Kaminöfen schlecht für CO₂-Bilanz und die Gesundheit

Holzheizungen beeinträchtigen die Gesundheit und tragen nicht effektiv zum Klimaschutz bei, klärt das Umweltbundesamt (UBA) auf. Wälder gelten als eine Senke für Emissionen, da Bäume CO₂ über lange Zeiträume in Form von Kohlenstoffverbindungen speichern können. Durch die Verbrennung von Holz gelangt das CO₂ jedoch wieder in die Atmosphäre. In den letzten Jahren hat die Senkenfunktion der Wälder bereits abgenommen und wenn die Nutzung von Holz als Energiequelle weiterhin stark zunimmt, besteht die Gefahr, dass Wälder ihren bisherigen Beitrag zum Klimaschutz nicht mehr erfüllen können. Aus Sicht des Ressourcenschutzes ist es sowieso sinnvoller, Holz zunächst in langlebigen Produkten zu verwenden, anstatt es direkt zu verbrennen.

Und das Bundesumweltamt empfiehlt auch aus Gründen des Gesundheits- und Klimaschutzes von Holzheizungen abzusehen.

Eine Alternative bietet eine Pelletheizung. Sie wird mit kleinen, komprimierten Holzpellets betrieben, die aus Holzabfällen und Sägemehl hergestellt werden. Diese Pellets verbrennen effizient und erzeugen im Vergleich zu herkömmlichen Holzöfen weniger Emissionen. Die Pellets stammen meist aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern, was zur Erhaltung der Waldbestände beiträgt. Allerdings muss die richtige Handhabung, eine regelmäßige Wartung und der Einsatz hochwertiger Pellets sichergestellt sein, um die Feinstaubemissionen so gering wie möglich zu halten.

Flächen- und Industriereinigung mit Drehjet-Technik

- Einsatz im Straßenbau
 - OPA-Belag
 - Unterlagenreinigung
- Verkehrsflächenreinigung
 - Pflasterflächen und Rinnenreinigung
 - Betriebshöfe



Umweltnotdienst
24-Stunden-Notruf
0170 / 4 48 4360



BEHRENS & BEHRENS
Entsorgung GmbH

Industriestraße 5 · 27383 Scheeßel
Tel. 0 42 63 / 30 5 - 0 · Fax 0 42 63 / 30 5 - 80
info@behrens-behrens.de · www.behrens-behrens.de



Enjoy business.

treuhand.de

Teamspirit der überzeugt

Fundiertes Wissen, langjährige Erfahrung und viel Begeisterung: Wir begleiten Sie bei allen Fragen der Wirtschaftsprüfung, Steuer-, Rechts- und Unternehmensberatung und IT-Beratung. So können Sie sich ganz auf Ihre Kernkompetenzen und die Führung Ihrer Unternehmen konzentrieren.



TREUHAND



ENERGY FOR THE FUTURE

Standortvorteile:

- > Produktions-, Installations- und Servicehafen in exzellenter Lage
- Offshore- und Mehrzweckterminals
- Jack-up-Liegeplätze, RoRo-Rampen
- Schwerlastfähige Lager- und Logistikflächen, Schwerlastplattform
- > Erschlossene Gewerbe- und Industrieflächen in der Nähe der Offshore-Terminals
- > Langjährige Erfahrung bei der Installation von Offshore-Windkraftwerken
- > Offshore Safety Training Center
- > Optimale Verkehrsanbindungen und nautische Erreichbarkeit

www.doiz.de

Ihr kompetenter Ansprechpartner:

Agentur für Wirtschaftsförderung

Kapitän-Alexander-Straße 1 // 27472 Cuxhaven

Tel.: 0 47 21 / 599 -70 // E-Mail: doiz@afw-cuxhaven.de

Umwelt und Nachhaltigkeit

Ressourcenverschwendung durch Lebensmittelabfälle

Im Juni 2022 berichtete die Bundesregierung der EU-Kommission, dass in Deutschland im Jahr 2020 etwa 11 Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle entstanden sind. Diese Abfälle entlang der Lebensmittelversorgungskette umfassen dabei auch unvermeidbare Abfälle wie Schalen und Knochen.

Die Hauptursachen für Lebensmittelabfälle sind:

- Landwirtschaft: Etwa 2 Prozent der Abfälle entstanden während der Sortierung, Lagerung und des Transports von Lebensmitteln.
- Verarbeitung: Etwa 15 Prozent fielen während der Verarbeitung aufgrund beschädigter oder fehlerhafter Verpackungen an.
- Handel: Ca. 7 Prozent entstanden aufgrund von zu großen Bestellmengen.
- Außer-Haus-Verpflegung: Ungefähr 17 Prozent der Abfälle entstanden durch Reste von Buffets.
- Private Haushalte: Der größte Anteil von etwa 59 Prozent (6,5 Millionen Tonnen) entstand in privaten Haushalten. Jeder Bundesbürger hat im Jahr 2020 durchschnittlich knapp 78 kg Lebensmittelabfälle produziert.

Dabei werden am häufigsten frische Produkte weggeworfen. So machen Obst und Gemüse etwa ein Drittel unserer vermeidbaren Lebensmittelabfälle aus. Danach folgen Gekochtes/Zubereitetes, Brot und Backwaren, Getränke, Milchprodukte, Fertigprodukte sowie Fisch und Fleisch.



Natürlich mit uns.

Wir finden für Sie Ihr innovatives Lösungskonzept für Heizungen, Öltankentsorgung, Solaranlagen und Telekommunikation und stellen uns gemeinsam der gewaltigen und spannenden Aufgabe des Klimaschutzes.

Telefon 04161 727-557
www.stadtwerke-buxtehude.de



Welche Auswirkungen hat die Lebensmittelverschwendung?

Lebensmittelverschwendung führt nicht nur zum Verlust von Lebensmitteln, sondern auch zur Verschwendung von Ressourcen wie Wasser, landwirtschaftlichen Flächen und Emissionen, was wiederum den Klimawandel fördert. Denn der Lebensmittelmarkt ist global. Wir konsumieren Rindfleisch aus Argentinien, Erdbeeren aus Marokko und Fisch aus Südostasien. Daher

hat unsere Verschwendung von Lebensmitteln weltweite Konsequenzen. Für die Produktion eines Kilogramms Äpfel werden beispielsweise über 800 Liter Wasser benötigt, zusätzlich zu Düngemitteln, Energie und wertvollen Ackerflächen. Schätzungsweise sind 30 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen mit unserer Ernährung verbunden.

Die vielen Facetten der Lebensmittelverschwendung

Durch die unnötige Produktion und den Transport von Lebensmitteln verursachen wir erheblichen Schaden für die Umwelt. Auch gibt es erhebliche Auswirkungen auf dem Weltmarkt: Weltweit leiden 815 Millionen Menschen an Hunger. Weniger Lebensmittelverschwendung al-

lein wird sie nicht unmittelbar sättigen. Allerdings steigt mit zunehmender Verschwendung die Nachfrage auf dem Weltmarkt und somit auch die Preise. Dies hat besonders negative Auswirkungen auf Menschen in Entwicklungsländern, die einen großen Teil ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen.

Kompensationsflächen in Niedersachsen

Der Fonds für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen bietet großflächig Ausgleichspflichtigen Flächen für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen im Norden von Niedersachsen an.

Sie als Ausgleichspflichtiger entscheiden selbst, bei welchem Anbieter Sie Ihre Ökopunkte kaufen.

Kontaktieren Sie uns gerne für ein unverbindliches Angebot.

FEAM GmbH

Tel.: 04161 7494232

Internet: www.feam.de

Mail: vertrieb@feam.de

 **FEAM**
FONDS FÜR ERSATZ- UND
AUSGLEICHSMASSNAHMEN



Zweites Cuxhavener Kreuzfahrtforum mit großer Resonanz

„Mein Schiff 3“ legt mit 1.700 Passagieren am Steubenhöft an.



↑ IHK-Hauptgeschäftsführer Christoph von Speßhardt begrüßte die Gäste auf der „Mein Schiff 3“.

TWG-Vorsitzender Norbert Plambeck eröffnete den fachlichen Teil in den Hapag-Hallen. →



Fotos (3): IHK Stade / Philipp Welsch, Kirsten Kronberg

Rund 130 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung waren der Einladung der Tourismuswirtschaftsgemeinschaft Cuxhaven (TWG) und der IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum zum zweiten Cuxhavener Kreuzfahrtforum am 20. April in den historischen Hapag-Hallen gefolgt, das einmal mehr unter Beweis stellte, dass Cuxhaven eine attraktive Kreuzfahrtdestination sein kann.

Eröffnet wurde der fachliche Teil des Forums von Norbert Plambeck, Vorsitzender der TWG Cuxhaven. In der anschließenden Podiumsdiskussion lag der Fokus auf Ansätzen zur weiteren Steigerung der Nachhaltigkeit von Kreuzfahrten.

Reisejournalist Oliver Schmidt forderte als Moderator eine faire Behandlung der Kreuzfahrbranche und wies auf Nachhaltigkeitsaspekte hin, die bisher kaum diskutiert wurden. Mit kurzen Seestrecken, einer sinnvollen An- und Abreise per Bahn sowie den von mehreren Reedereien bereits eingesetzten Anti-Food-Waste-Programmen lasse sich die Nachhaltigkeit ebenso beeinflussen wie durch „grüne“ Antriebsenergien, so Schmidt. Dem pflichteten auch die anderen Podiumsgäste Julia Siebert, Vice President Leisure Group Columbia blue und Managing Director von



Foto: IHK Stade / Hauke Kraust

Die Teilnehmer
des Diskussionsforums



Fotos (3): IHK Stade / Philipp Weisch



Spannende Führung über das Kreuzfahrtschiff

Columbia Signature, Ulf Lemke, Head of Hydrogen Products Turneo GmbH, Conrad Rausch, Inhaber rausch communications & pr, Andreas Steidle-Sailer, geschäftsführender Gesellschafter und Gründer Sailing-Classics sowie Dennis Tetzlaff, Vice President Fleet Operations & New-build TUI Cruises bei.

Passend dazu wurde vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Ol-

denburg die dortige Forschungsarbeit an einer energieeffizienten Schiffskabine vorgestellt. Des Weiteren wurde über die Entwicklung neuer Kreuzfahrtziele diskutiert, wobei mehrere Teilnehmer des Bühnentalks auch hier auf die Aspekte ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit hinwiesen.

Begleitet wurde die Fachtagung von einem attraktiven Rahmenprogramm: Am

Vormittag konnte die „Mein Schiff 3“ von TUI Cruises besichtigt werden, die direkt am Steubenhöft angelegt hatte, während 1.700 Passagiere trotz Regenwetters die Gelegenheit zum Landgang in Cuxhaven nutzten. Den Ausklang bildete ein stilvolles Cruise Dinner am Abend im Kuppelsaal der Hapag-Hallen mit Julian Pfitzner, CEO von Hapag-Lloyd Cruises, als Dinner Speaker. ■

Anzeige



deteringdesign.de

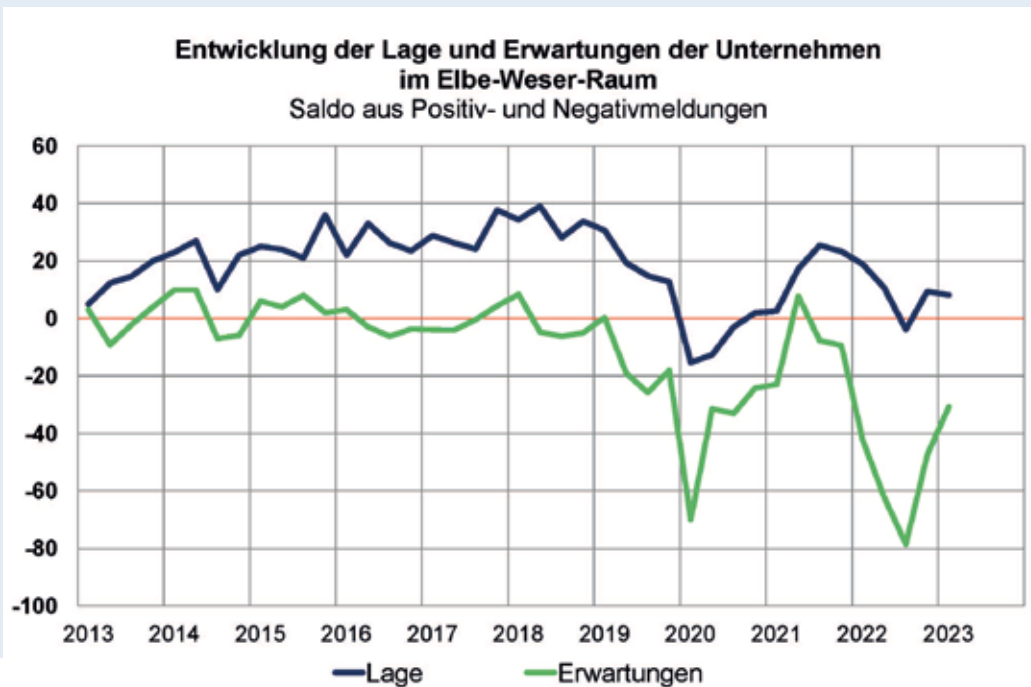
Design - Bau - Service

Immobilien mit System

GOLDBECK Geschäftsstelle Süderelbe
Am Veritaskai 3, 21079 Hamburg
Tel. +49 40 713761-600, suederelbe@goldbeck.de

building excellence
goldbeck.de

 **GOLDBECK**



Wirtschaftliche Entwicklung im Elbe-Weser-Raum stagniert

Konjunkturumfrage: Erwartungshaltung verbessert sich, aber es fehlt an Zuversicht

Die Wirtschaft im Elbe-Weser-Raum tritt auf der Stelle. Zu diesem Schluss führt das Ergebnis der Konjunkturumfrage der IHK für das erste Quartal 2023. Hinzu kommt eine anhaltend hohe Inflation. Am meisten besorgt die Unternehmen der zunehmende Fachkräftemangel.

Im Vergleich zum Vorquartal zeigt sich die Lageeinschätzung der Unternehmen wenig dynamisch. 24 Prozent (zuvor: 27 Prozent) der Unternehmen bewerten ihre Geschäftslage als gut, wohingegen 16 Prozent (zuvor: 17 Prozent) eine gegenteilige Einschätzung vornehmen. Knapp sechs von zehn Unternehmen (zuvor: 56 Prozent) sind zufrieden bzw. sprechen von einem saisonüblichen Quartalsverlauf. „Die wirtschaftliche Entwicklung im Elbe-Weser-Raum stagniert“, berichtet Henrik Gerken, Volkswirt der IHK.

Branchenübergreifend hat sich die Ertragslage der Unternehmen etwas ver-

schlechtert. In der Industrie sind die Auftragseingänge zurückgegangen, vor allem aus dem Ausland. „Aufgrund der hohen Energie- und Folgekosten halten sich die Verbraucher mit den Ausgaben zurück“, erläutert Gerken. So attestieren 69 Prozent der Einzelhändler ihren Kunden eine rückläufige Konsumneigung. Banken, Finanzdienstleister und Gastgewerbe zeigen sich mit dem Quartalsverlauf zufrieden.

Die Erwartungshaltung an die künftige Geschäftslage sieht auf den ersten Blick besser aus. Allerdings bleibt der Saldo weiterhin im Minus. Die scheinbare Verbesserung ist dem geschuldet, dass weniger Unternehmen als im Vorquartal (39 Prozent; zuvor: 53 Prozent) von einer eher ungünstigeren Entwicklung ausgehen. Dass es in den kommenden Monaten besser wird, erwarten lediglich acht Prozent (zuvor: fünf Prozent) der Befragten. Etwas mehr als jedes zweite Unternehmen geht

von einem ähnlichen Geschäftsverlauf aus. „Wir bewegen uns seitwärts. Echte Zuversicht sieht anders aus“, so Gerken.

Es besteht weiterhin ein unsicheres Umfeld aus Inflation, Konsumzurückhaltung, wirtschaftlicher Abkühlung sowie geopolitischer Risiken. „Einige Unternehmen kritisieren die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen“, berichtet der IHK-Volkswirt „Zudem fehlt es an Personal.“ 69 Prozent der Unternehmen sehen im zunehmenden Fachkräfte-, teilweise auch Arbeitskräftemangel das größte Geschäftsrisiko für die kommenden Monate.

In der jüngeren Vergangenheit hatten insbesondere die Entwicklungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten den Unternehmen große Sorgen bereitet. Allerdings ist die Zeit der extremen Preisausschläge an den Energiemärkten vorerst vorbei. Zudem tragen auch die Strom-, Gas- und Wärmepreisbremsen zur Stabilität bei. „Die Kosten für Gas und Strom bleiben dennoch deutlich höher als vor der Energiekrise“, stellt Gerken fest. Darüber hinaus scheinen sich auch die meisten Störungen in den Lieferketten aufzulösen.

Information zur Umfrage: 380 Unternehmen aus dem Elbe-Weser-Raum wurden befragt; 225 Unternehmen haben geantwortet. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 59,2 Prozent. ■

21 Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der EU

IHK-Organisation veröffentlicht Europapolitische Positionen

Offene Märkte, Rückenwind für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Regulierung mit Außenmaß, Bürokratieabbau und mehr: Die dringendsten Wünsche der deutschen Unternehmen an die Wirtschaftspolitik der EU hat die IHK-Organisation jetzt in den Europapolitischen Positionen zusammengefasst.

An erster Stelle steht das Herzstück der europäischen Wirtschaft: der europäische Binnenmarkt. Ihn gilt es nach Auffassung der deutschen Wirtschaft zu verwirklichen – mit offenen Grenzen, verlässlichen Krisenmechanismen, Bürokratieabbau, der Harmonisierung technischer Standards und weiteren Aspekten. Welche das im Einzelnen sind, beschreibt die Deutsche Industrie- und Handelskammer in einer aktualisierten Fassung der Europapolitischen Positionen.

Unter Mitwirkung der 79 Industrie- und Handelskammern und ihrer Mitgliedsunternehmen aus allen Teilen Deutschlands hat sie die Prioritäten, die die EU-Wirtschaftspolitik aus Sicht der Betriebe setzen sollte, für insgesamt 21 Handlungsfelder zusammengefasst.

Neben dem Binnenmarkt behandelt die Veröffentlichung Themen wie etwa internationale Märkte, Corporate Social Responsibility, EU-Finzenzen, Steuern, Industrie und Innovation, Mittelstandspolitik, Energie und Klima, Umwelt, Verkehr und Mobilität, Regional- und Strukturpolitik, Bildung, Beschäftigung und Integration, Bessere Rechtsetzung, Datenschutz oder Wettbewerbsrecht. ■

Weitere Informationen: www.dihk.de



„Noch keine Entwarnung in Sicht“

IHK-Organisation veröffentlicht Europapolitische Positionen

Die niedersächsischen Unternehmen haben große Energieeinsparungen erzielt, diese aber größtenteils teuer durch Einschränkungen ihres Angebots oder ihrer Produktion erkaufen müssen. Das zeigen die Ergebnisse der Umfrage zur Energieversorgung der IHK Niedersachsen (IHKN), der Landesarbeitsgemeinschaft der niedersächsischen IHKs. An der Umfrage hatten knapp 400 Unternehmen aus allen Branchen teilgenommen.

„Die Energiepreise haben sich gerade wieder erholt, doch das Preisniveau ist im Vergleich zu den Nachbarstaaten weiterhin viel zu hoch. Noch ist keine Entwarnung in Sicht. Die Politik muss jetzt aus dem letzten Winter lernen und für langfristige Planungssicherheit sorgen“, so Dr. Bernhard Brons, Präsident der IHKN. Dabei blicke er vor allem mit Sorge auf die Unternehmen, die bereits Kapazitäten ins Ausland verlagert haben oder das in naher Zukunft planen. Zehn Prozent der befragten Unternehmerinnen und Unternehmer habe diesen Schritt schon in die Wege geleitet. „Das ist ein Warnsignal, auf das die Politik nun dringend mit konkreten Maßnahmen reagieren muss“, so Brons.

Als erste Reaktion wird das Konzeptpapier der niedersächsischen Landesregierung zur Einführung eines Transforma-

tionsstrompreises gewertet, das von der Bundesregierung mit einem Gegenvorschlag aufgegriffen wurde und wichtige Impulse setzt. „Die Ansätze in dem Papier sind gut, aber der Kreis der profitierenden Unternehmen ist zu klein und die zeitliche Umsetzung zu langsam. Die Unternehmen brauchen jetzt die notwendige finanzielle Unterstützung, um ihren Transformationsprozess in Niedersachsen zu vollziehen – unbürokratisch und nachhaltig“, ergänzt Brons.

Die bisherigen begleitenden Entlastungen für die Wirtschaft kommen jedenfalls kaum an. Nur 14 Prozent der befragten Unternehmen hat eine der Wirtschaftshilfen in Anspruch nehmen können. Die Hürden seien zu hoch, das Verfahren zu bürokratisch und oftmals sei die Antragstellung nur mit juristischer Hilfe zu bewältigen gewesen, kommentieren die befragten Unternehmen.

Weitere Einsparpotenziale von Strom und Gas sind mittlerweile kaum noch vorhanden. Fast 60 Prozent der Unternehmen geben an, nur noch einsparen zu können, wenn parallel der Betrieb teilweise (21 Prozent) oder komplett (37 Prozent) eingestellt werde. „Diese Aussicht zeigt, dass die Politik alternative Auswege aufzeigen muss“, mahnt Brons. ■



Foto: @gettyimages/ArtemisDiana

Rückenwind für die Energiewende

IHK Niedersachsen veranstaltet 8. Niedersächsischen Energiedialog

Es braucht ein gutes Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft, Behörden und Zivilgesellschaft, damit die zahlreichen gesetzlichen Änderungen nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis zum beschleunigten Ausbau der Windenergie führen – das war die zentrale Botschaft des 8. Niedersächsischen Energiedialogs. Bereits zum 8. Mal hatte die IHK Niedersachsen (IHKN) zu diesem Austausch gemeinsam mit dem niedersächsischen Landtagsausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz eingeladen.

„Mittlerweile müssen wir bei jeder Marktanalyse schon bängen, ob mehr Windenergieanlagen zugebaut, als abgebaut werden, wir also überhaupt einen positiven Saldo erreichen. Wir brauchen mit zunehmender Elektrifizierung mehr grünen und sicheren Strom, also auch

wesentlich mehr Windenergie“, stellte Dr. Bernhard Brons, Präsident der IHK Niedersachsen und der IHK für Ostfriesland und Papenburg, die wichtige Rolle der Windenergie in den Fokus.

Dass insbesondere Niedersachsen dabei vieles richtig mache, stellte Min-ku Chung, Prokurist bei der Alterric GmbH, die mit ihrem Bestandsportfolio von 2,4 Gigawatt zu den größten Grünstromerzeugern in Zentraleuropa gehört, in seinem Beitrag vor. Niedersachsen sei weiterhin mit zwölf Gigawatt installierter Leistung das Windenergieland Nummer eins. „Mit der derzeitigen Geschwindigkeit brauchen wir 40 Jahre, bis wir das Ausbauziel erreichen. Wenn alle Beteiligten, besonders auch die lokalen Behörden mitziehen, können wir aber deutlich schneller werden“, stellte Chung klar.

In der Gesetzeslage werde in der Theorie darauf hingearbeitet, dass die Windenergie stärker ausgebaut wird, um diese wichtige Rolle auszufüllen, stellte Christoph Brand, Rechtsanwalt in der Kanzlei Berghaus, Duin und Kollegen, in seinem Vortrag heraus. „Die Gesetze müssen aber wirken, und dazu braucht es auch Unterstützung in Form von Vollzugshinweisen für die zuständigen Behörden“, ergänzte Brand.

Die energiepolitischen Sprecher der Fraktionen im Ausschuss für Energie, Umwelt und Klimaschutz des niedersächsischen Landtags nahmen diese Impulse auf und versprachen Nachbesserung.

„Wir werden den Austausch zwischen Politik und Wirtschaft weiter aufrechterhalten“, sicherte Hartmut Neumann, Sprecher Energie der IHKN, zu. ■



Foto: @gettyimages/7tmed, In

Maritime Verkehrswende

Seeverkehr im EU-Emissionshandel

Die vor drei Jahren angekündigte Einbeziehung des Seeverkehrs in den Europäischen Emissionshandel wurde im April mit der Zustimmung der EU-Parlamentarier in Straßburg abschließend bestätigt.

„Auf dem Weg zur maritimen Verkehrswende wird ein Instrument eingesetzt, das die Kräfte des Marktes nutzt und nicht dirigistisch in den Markt eingreift – dies ist zu begrüßen. Für die norddeutsche Wirtschaft ist es besonders wichtig, dass die Einnahmen aus dem maritimen EU-Emissionshandel in die Branche zurückfließen. Daher ist die geplante Reinvestition der Erlöse aus dem Verkauf von 20 Millionen Emissionszertifikaten über den Innovationsfonds direkt in den maritimen Sektor ein positiver Schritt. Eine gezielte Unterstützung durch den Innovationsfonds ist

der Schlüssel, um die Preisdifferenz zu sauberen Schiffstreibstoffen zu überbrücken und die notwendige Hafeninfrastruktur wie Landstromanlagen aufzubauen“ so Klaus-Jürgen Strupp, Vorsitzender der IHK Nord und Präsident der IHK zu Rostock.

Die Einbeziehung des Seeverkehrs in den europäischen Emissionshandel soll zum Jahr 2024 starten. Eine Übergangsphase ist bis zum Jahr 2026 vorgesehen, in der nur für einen Teil der Emissionen Zertifikate erworben werden müssen. Hierfür hatte sich die IHK Nord, der Zusammenschluss von 13 norddeutschen Industrie- und Handelskammern, eingesetzt, um eine Vorlaufzeit für die Branche sicherzustellen. Die Einbeziehung des Seeverkehrs in den europäischen Emissionshandel wird zukünftig Strecken innerhalb der EU

vollständig und Strecken zwischen EU und Nicht-EU Häfen zur Hälfte erfassen.

Die verschiedene Behandlung von Fahrten innerhalb der EU und zwischen EU und Drittstaaten birgt die Gefahr, dass Schiffsbetreiber bei Fahrten von Drittländern in die EU bewusst einen Zwischenstopp in einem Hafen der EU-Nachbarschaft einlegen, um damit die Strecke zum oder vom nächstgelegenen Drittstaatshafen, die dem Emissionshandel nur zur Hälfte unterliegen werden, zu verkürzen. Dies könnte zu Emissionsverlagerung (Carbon Leakage) und zu einer Veränderung der Warenströme führen.

„Emissionen machen nicht an europäischen Grenzen halt, wir hätten uns daher eine Lösung auf IMO-Ebene gewünscht. Zumindest plant die EU, der Emissionsverlagerung durch konkrete Maßnahmen entgegenzuwirken, und hat ein Monitoring angekündigt, das die Auswirkungen der Einbeziehung des Seeverkehrs in den Emissionshandel auf den Verkehr in den Häfen überprüft. Es fehlt jedoch ein effektives Frühwarnsystem, um bei Bedarf gegensteuern zu können – hier fordert die norddeutsche Wirtschaft Nachbesserung“, so Strupp. ■

Anzeige

Niedersachsen
Ports

Unsere Häfen. Ihre Zukunft.

www.nports.de



UN SCHLAG BAR

...in Vielfalt und Kompetenz

- Bodenbeläge
- Türen und Türbeschläge
- Plattenwerkstoffe
- Gartengestaltung
- Fassadengestaltung

Fragen Sie Ihren Handwerker... der kennt uns bestimmt. Gleich Beratungstermin vereinbaren.

Behrens Holz und Bauelemente GmbH
Bremer Str. 17 · 27356 Rotenburg
Tel. 04261 707-0 · www.behrens-gruppe.de



Sonderprogramm „Bezahlbarer Wohnraum“ für junge Menschen gestartet

Da es in den vergangenen Jahren für junge Menschen zunehmend schwierig geworden ist, erschwinglichen Wohnraum zu finden, wurde jüngst das Förderprogramm „Junges Wohnen“ ins Leben gerufen. Damit ist den Ländern ermöglicht worden, mit einem Budget von 500 Millionen die Schaffung von Wohnraum für junge Studierende und Auszubildende umzusetzen. Dies umfasst den Aus-, Neu- oder Umbau von Wohnheimen. Eine Voraussetzung für den Start des Programms war eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, die am 24. März 2023 unterzeichnet und in Kraft getreten ist. Julia Böhnke, Bundesjugendsekretärin

von ver.di, erklärt: „Auszubildende brauchen günstigen Wohnraum, insbesondere in den Ballungsgebieten, wo die Nachfrage immer weiter steigt. Während es für Studierende längst Wohnheime gibt – wenn auch mit zu wenigen Plätzen – sind Auszubildenden-Wohnheime immer noch die Ausnahme. Deshalb begrüßen wir das Förderprogramm „Junges Wohnen“ des Bundes. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist es wichtig, dass man jungen Menschen nicht nur gute Ausbildungsbedingungen anbietet, sondern auch bezahlbaren Wohnraum, von wo sie sowohl den Betrieb als auch die Berufsschule gut erreichen können.“

dipl. Bankbetriebswirt

Matthias Albers

Wirtschaftsberatung MA

Baufinanzierung | Anlageimmobilien

Vorsorge | Versicherungen | Vermögensaufbau

Eichenweg 8 • Bargstedt • Tel.: 04164 875 8007
m.albers@wirtschaftsberatungma.de

Neue Datenbank soll das Vergleichen von lokalen Immobilienpreisentwicklungen erleichtern

Das Exzellenzcluster ECONtribute und das Bundesbauministerium haben gemeinsam eine neue regionale Immobilienpreisdatenbank präsentiert. Diese digitale Plattform ermöglicht es den Nutzern, lokale Immobilienpreisentwicklungen in 18 deutschen Städten zu vergleichen. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit den Gutachterausschüssen in Deutschland umgesetzt und bietet erstmals eine detaillierte historische Auswertung der Immobilienpreise über einen Zeitraum von 60 Jahren. Die Datenbank namens German Real Estate Index (GREIX) ist kostenlos zugänglich und bietet transparente Informationen über Immobilienpreise auf Stadtteil- und Wohnungstyp-Ebene. Bundesbauministerin Klara Geywitz betont die Bedeutung der Datenbank für die Transparenz der Immobilienpreise und die Möglichkeit, den Wert von Immobilien zu bestimmen und Preisvergleiche beim Immobilienkauf anzustellen.

Die Immobilienmarktindizes veranschaulichen die Veränderungen auf den lokalen Immobilienmärkten. Vor der Wiedervereinigung stiegen die Immobilienpreise kontinuierlich an, doch nach der Wiedervereinigung kam es zunächst zu einem Rückgang, bevor ab

2010 der anhaltende Immobilienboom begann. In dieser Phase profitierten vor allem größere Städte wie Hamburg, Frankfurt und Köln, während die Renditen in Städten wie Duisburg oder Chemnitz nur langsam anstiegen. Innerhalb der einzelnen Städte spiegeln die Indizes den Prozess der Gentrifizierung wider und zeigen, dass die Preise im Vergleich zum Stadtzentrum immer stärker anstiegen. Die Immobilienpreisdatenbank ermöglicht es auch, den Einfluss von anhaltender Inflation und steigenden Zinsen ab der zweiten Jahreshälfte 2022 auf die Preise nachzuvollziehen. Die Datenbank basiert auf den Daten der Gutachterausschüsse und deckt alle Immobilienkäufe der letzten 60 Jahre in (West-) Deutschland ab. Durch Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) konnten die Forscher des Exzellenzclusters ECONtribute rund eine Million Transaktionsdaten der Gutachterausschüsse digitalisieren und erstmals direkt vergleichbar machen. Die Datenbank wird kontinuierlich aktualisiert und gepflegt, so dass Politiker, Journalisten und die interessierte Öffentlichkeit erstmals Zugang zu einer fundierten Analyse historischer, aktueller und zukünftiger Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt haben.

Industrie- und Gewerbebau zum Festpreis!



LÜDKE

BAUUNTERNEHMEN

Professionelle Bauabwicklung

Gewerkeübergreifende Beratung

Festpreis & Fertigstellungstermin

Baumeister Wilhelm Lüdke

Stahlbeton-, Hoch- und Tiefbau GmbH & Co. KG
Meyerstr. 55 · 27472 Cuxhaven · (04721) 6007-0

www.luedke-bau.de

Digitale Infrastruktur als Wettbewerbsvorteil

Neue Geschäftsmodelle erschließen und Umsätze steigern, das ist branchenübergreifend das Ziel vieler Unternehmen. Um dieses zu erreichen, müssen sie sich die Chancen der Digitalisierung zunutze machen und gleichzeitig mit neuen Entwicklungen Schritt halten.

Doch für Wachstum müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Für Fortschritt unabdingbar: eine leistungsfähige Netz-

infrastruktur. Denn mit modernen Kommunikationsprozessen, innovativen IT-Lösungen und intelligenten Geräten steigt auch der Bedarf nach hohen Datenübertragungsraten. Hier bietet der Anschluss an ein Glasfasernetz einen eindeutigen Wettbewerbsvorteil. Dies gilt insbesondere für Unternehmen in ländlichen Regionen, wo mehr als die Hälfte aller KMU ansässig sind.

Sind diese an das Breitbandnetz angeschlossen, können sie ihre

Wettbewerbsfähigkeit verbessern und an branchenrelevanten Trends teilhaben. Denn Glasfaser ist die einzige zukunftsfähige Infrastruktur für die Digitalisierung und macht diese zum Marktvorteil.

Auch die Vernetzung verschiedener Unternehmensstandorte ist dank Integration in ein Netz mit performanter Leistung kein Problem, sodass alle Arbeitsplätze gleich gut mit den zentralen Servern verbunden sind und interne



Kommunikation reibungslos verläuft. Unternehmen, die in einer dynamischen Umgebung mithalten wollen, müssen den Wandel mitgehen und kommen bei der Planung ihrer IT- und Digitalstrategie langfristig am Anschluss an ein Glasfasernetz nicht vorbei.

STANDORTVORTEIL GLASFASER.

Glasfaser für Ihr Unternehmen.

Wir bieten Geschäftskunden symmetrische Internetprodukte auf Basis von reinen Glasfaser-Leitungen – gemeinsam Großes gestalten.



deutsche-glasfaser.de/business

Jetzt für
Glasfaser
entscheiden!



**Deutsche
Glasfaser**

Digital nachhaltig oder nachhaltig digital?

Wie die Digitalisierung zur ökologischen Transformation beitragen kann

Die gesellschaftliche Entwicklung wird heute zunehmend von zwei großen Transformationen bestimmt: der Digitalisierung und dem grünen Wandel hin zu einer nachhaltigeren Lebens- und Wirtschaftsweise. Oft wird Beides getrennt diskutiert, dabei sind es zwei Seiten derselben Medaille. Einerseits können digitale Technologien einen wesentlichen Beitrag für mehr Klima- und Umweltschutz leisten. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Das Gelingen der Energiewende setzt eine intelligente, vernetzte Steuerung des Stromnetzes voraus.
- Künstliche Intelligenz wird es ermöglichen, zum Beispiel Pflanzenschutzmittel zielgenauer einzusetzen oder Touren effizienter zu planen.

- Digitale Lösungen werden dabei helfen, industrielle Kunststoffkreisläufe zu schließen.

Andererseits wachsen mit zunehmender Digitalisierung die Datenströme und der Bedarf an Hardware und digitaler Infrastruktur – und damit auch der Energie- und Ressourcenverbrauch. Zwar entwickeln sich Informationstechnologien rasant, doch Effizienzsteigerungen werden häufig von Rebound-Effekten torpediert: Es werden viel mehr Daten gespeichert als nötig, Software wird ineffizient programmiert und funktionierende Geräte – mitunter unnötig – durch leistungsstärkere ersetzt. Gründe genug, um die Nachhaltigkeit digitaler Technologien stärker in den Fokus zu rücken, damit Digitalisierung zur Lösung

der ökologischen Transformation beiträgt und nicht zum Teil des Problems wird.

Online-Veranstaltung „Nachhaltig digital“

Wie kann Digitalisierung die grüne Transformation in Unternehmen unterstützen und dabei selbst nachhaltig gestaltet sein, um weniger Energie und Ressourcen einsetzen zu müssen? Erfahren Sie mehr dazu in einem gemeinsamen Webinar mit der Handelskammer Bremen, der IHK Braunschweig und der IHK Lüneburg-Wolfsburg am 21. Juni 2023. ■

Weitere Informationen / Anmeldung: IHK Stade
Daniela Westerhoff, Telefon: 0423 9246-234
E-Mail: daniela.westerhoff@stade.ihk.de
www.ihk.de/stade/nachhaltigkeit

Gründerwerkstatt wird Unternehmenswerkstatt Deutschland

IHK baut digitales Beratungsangebot aus

Die Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum baut ihre Leistungen für Unternehmen und Existenzgründer weiter aus. Gemeinsam mit 53 weiteren IHKs wird die Gründungswerkstatt zur „Unternehmenswerkstatt Deutschland - UWD“ weiterentwickelt. Sie soll bundesweit die primäre Anlaufstelle für den Bereich Unternehmensgründung und -förderung werden und die Vernetzung von Gründern und Unternehmen in ganz Deutschland stärken.

IHK-Gründungsberater Frank Graalheer erklärt: „Seit über 14 Jahren ist die Gründungswerkstatt ein digitaler Arbeitsplatz zur Vorbereitung auf die Selbstständigkeit. Mit der Unternehmenswerkstatt Deutschland geht der erfolgreiche Dienst noch einen Schritt weiter. Wir begleiten Unternehmen jetzt über alle Phasen – von

der Gründung über Wachstum und Unternehmenssicherung bis hin zur Nachfolge. Die Unternehmenswerkstatt bildet die Brücke zwischen der Online- und Offline-Welt in der Angebotslandschaft der IHK. Digitale Services werden niedrigschwellig gebündelt und mit der persönlichen Beratung unserer Experten kombiniert.“

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass sowohl Gründer als auch kleine und mittelständische Unternehmen einen einfachen, digitalen und kostenfreien Zugang zu Informationen und Hilfestellungen in den Themenbereichen Existenzgründung, Unternehmenssicherung und Unternehmensnachfolge benötigen. Genau an diesem Punkt setzt die Unternehmenswerkstatt Deutschland mit den Experten der teilnehmenden IHKs an.



Foto: @gettyimages/fisakes

Die neue Unternehmenswerkstatt nutzt das Wissen aller teilnehmenden IHKs. Sie schafft Synergien und sorgt für mehr Effizienz sowie für einheitliche Qualitätsstandards. ■

Weitere Informationen: IHK Stade
Philipp Welsch, Telefon: 04141 524-291
E-Mail: philipp.welsch@stade.ihk.de
Frank Graalheer, Telefon: 04141 524-138
E-Mail: frank.graalheer@stade.ihk.de
www.uwd.de

Datenschutzverstöße und was man aus ihnen lernen kann

Beispiele aus der Praxis der Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD) Niedersachsen

In dieser Beitragsreihe werden kurze Fälle geschildert, wie sie typischerweise in der Datenschutzaufsicht vorkommen. Es wird gezeigt, was schiefgegangen ist und wie es besser hätte laufen können. Vorab sei erwähnt, dass der Datenschutz ein fortwährender Prozess ist, bei dem Unternehmen – und im Übrigen auch Aufsichtsbehörden – ständig dazulernen. Fehler lassen sich nicht vermeiden und sind Teil des Lernprozesses. Die Angst vor Fehlern darf aber nicht zu Stillstand in Sachen Datenschutz führen. Jeder noch so kleine Schritt, den Sie unternehmen, trägt zum besseren Schutz Ihrer Kunden- und Beschäftigtendaten bei und stärkt das Vertrauen in Ihr Unternehmen. Um den Datenschutz zu fördern, sollten Sie ihm einen festen Platz in Ihrer Betriebsagenda einräumen, sich von Rückschlägen nicht entmutigen lassen und vor allem aus Fehlern lernen.



IT-Desaster: Updates ignoriert, Datensicherheit riskiert

Um den E-Mail-Verkehr auf eine neue technische Basis zu stellen, beauftragte ein Unternehmen einen renommierten IT-Dienstleister, ein sogenanntes Allround-Paket zu liefern und zu installieren. Der Dienstleister lieferte Server und installierte seine eigene Software, ohne jedoch auf

die Notwendigkeit regelmäßiger Updates und Sicherheitspatches hinzuweisen. Da der E-Mail-Server über einen längeren Zeitraum keine Sicherheitspatches erhielt, nutzten Cyberkriminelle eine Sicherheitslücke aus, um sich die Kontrolle über den Server zu verschaffen. Sie zogen die dort gespeicherten E-Mails und Kontaktdaten ab. Anschließend nutzten sie den Server, um auch die Kontrolle über das übrige Unternehmensnetzwerk zu übernehmen und die dort gespeicherten Daten zu verschlüsseln. Die erbeuteten Kontaktdaten und Mails nutzten die Cyberkriminellen um den Kunden des Unternehmens speziell auf sie zugeschnittene Phishing-Mails zukommen zu lassen, wodurch es zu weiteren Schäden bei den Kunden und einem erheblichen Imageverlust für das Unternehmen kam. Für die verschlüsselten Daten gab es zwar ein Backup, die Wiederherstellung nahm jedoch einige Zeit in Anspruch. Währenddessen war das Unternehmen weitgehend arbeitsunfähig. Im weiteren Verlauf trug der Geschäftsführer der LfD Niedersachsen gegenüber vor, er könne für die ganze Sache nichts. Die Schuld liege beim IT-Dienstleister.

→ Handlungsempfehlung

Für die Sicherheit des Servers ist das Unternehmen datenschutzrechtlich verantwortlich. Dieser Verantwortung kann man sich nicht entziehen, indem Tätigkeiten an Dienstleister ausgelagert werden. Um sicherzustellen, dass Ihr Unternehmen über aktuelle Sicherheitsupdates verfügt, ist es ratsam, Abläufe festzulegen.

Dazu kann es hilfreich sein, sich folgende Fragen zu stellen:

- Wer ist für die Überprüfung von Updates und deren Installation verantwortlich?
- In welchen Intervallen erfolgt die Überprüfung?
- Wie werden akute Sicherheitslücken behandelt?
- Weist die eingesetzte Software selbstständig auf Updates hin?

Daneben sollten Sie auch die Meldungen und Warnungen vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik beachten. Und noch etwas: Cyberkriminelle machen vor Sonn- und Feiertagen nicht halt. Und der Freitag ist ein besonders beliebter Tag für einen Angriff. Wenn Patchbedarf besteht, sorgen Sie schleunigst für dessen Umsetzung – je eher, desto besser. Datensicherheit ist nicht nur eine Anforderung des Datenschutzrechts, sondern auch im finanziellen Interesse der Unternehmen. Nur so lassen sich Imageschäden, wirtschaftliche Verluste und Betriebsstörungen vermeiden.

Escape Game: Kämpfe Dich durch das Labyrinth der Newsletter-Abmeldung

Der Versand von Newslettern ist eine beliebte Werbemaßnahme, auf die auch ein Fahrradhändler zurückgriff. Ein Drittel der Besucher seines Onlineshops abonnierten den Newsletter, mit dem der Händler seine Waren bewarb. Als sich einige Abonnenten wieder abmelden wollten, begann das Escape Game: Während die Anmeldung zum Newsletter mit einem Klick erledigt

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen (LfD)

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen (LfD), Barbara Thiel, hat mit rund 50 Mitarbeitern unter anderem die Aufgaben, auf die Einhaltung des Datenschutzes in Unternehmen und in öffentlichen Stellen hinzuwirken sowie die Öffentlichkeit für die Belange des Datenschutzes zu sensibilisieren.

Bundesarbeitsministerium legt Entwurf eines Arbeitszeiterfassungsgesetzes vor

Auf das wegweisende, so genannte „Stechuhrurteil“ des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom November 2019 und dessen Weiterentwicklung durch das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit Urteil vom September letzten Jahres folgt nun die gesetzliche Kodifizierung: Die Pflicht zur flächendeckenden Erfassung der Arbeitszeit fließt in das Arbeitszeitgesetz sowie in das Jugendarbeitsschutzgesetz ein.

war, gestaltete sich die Abmeldung weit- aus komplizierter. Zunächst musste man sich mit der Kundennummer einloggen. Wer sein Passwort für sein Kundenkonto bereits wieder vergessen hatte, musste es natürlich erstmal zurücksetzen. Dann musste man in den Einstellungen des Kundenkontos den Menüpunkt „Newsletter“ finden. Wer bis dahin noch nicht entnervt aufgegeben hatte, musste dann noch zwingend einen Grund für die Abbestellung angeben, bevor die Abmeldung endlich vollzogen war. Verständlicherweise waren die Abonnenten darüber verärgert und wandten sich mit einer Beschwerde an die Aufsichtsbehörde.

→ Handlungsempfehlung

Um sicherzustellen, dass Kunden den Newsletter leicht abbestellen können, sollte ein Abmelde-Link am Anfang oder Ende jedes Newsletters platziert werden, bei dessen Betätigung die Abmeldung erfolgt, und zwar ohne zusätzliche Hürden. Es widerspricht diesem Ziel, wenn die Abbestellung des Newsletters eine Änderung der Einstellungen im Kundenkonto erfordert, die zudem mehrere Schritte umfasst. ■

Evgeni Kolotilin
Lfd Niedersachsen



Foto: @gettyimages/guendimir

Foto: @gettyimages/RyanKing99

Bisher kennen Unternehmen solche Pflichten aus dem Bereich des Mindestlohngesetzes, etwa bei den so genannten Minijobbern. Auch in bestimmten Branchen, die aus der Sicht des Gesetzgebers besonders anfällig für Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz sind, wie etwa im Gaststätten-, Speditions- und Baugewerbe, ist dies schon lange geltendes Recht. Für alle anderen Branchen galt bis jetzt nach dem Arbeitszeitgesetz die Regelung, dass der Arbeitgeber nur die Zeit aufzuzeichnen hat, die über die tägliche Regelhöchst- arbeitszeit von acht Stunden hinausgeht. Dies sind die wichtigsten geplanten Neuerungen:

- Beginn, Dauer und Ende der Arbeit müssen täglich in elektronischer Form dokumentiert werden – also auch Pausen und Unterbrechungen.
- Dies kann durch eine digitale Stechuhr, eine Excel-Datei oder durch eine App auf dem Desktop oder Handy erfolgen.
- Die Arbeitnehmer können die Zeit selbst erfassen – die Verantwortung, dass dies auch ordnungsgemäß geschieht, trägt in jedem Fall der Arbeitgeber.
- Kleinbetriebsklausel: Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitern dürfen die Arbeitszeit weiterhin analog aufzeichnen.
- Weitere Ausnahmen: Per Tarifvertrag können die Sozialpartner für ihre Mitglieder vereinbaren, dass die elektronische Form entfallen kann und die Arbeitszeit nicht am gleichen Tag, sondern bis zu maximal sieben Tage später nachgetragen werden kann. Im Umkehrschluss sind diese Ausnahmen für solche Unternehmen nicht möglich, deren Arbeitsverhältnisse

nicht tariflich geregelt sind. Sie müssen flächendeckend die elektronische Zeiterfassung einführen.

- Flexible Arbeitszeitmodelle, mobiles Arbeiten und Homeoffice werden weiterhin möglich bleiben – Hauptsache, die Arbeitszeit wird revisions sicher dokumentiert. Bei der so genannten Vertrauensarbeitszeit hängt es davon ab, was man darunter versteht. Diejenigen, die darunter eine völlig freie Zeitgestaltung ohne Dokumentationsvorgaben verstehen, müssen umdenken: Nach den Plänen des BMAS müssen auch bei solchen Arbeitsverhältnissen Beginn, Dauer und Ende elektronisch aufgezeichnet werden. Im Übrigen ist es weiterhin möglich, dass betroffene Arbeitnehmer die jeweiligen Zeitpunkte im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes frei wählen können.
- Übergangsregelungen: Betriebe mit weniger als 50 Arbeitnehmern haben ab Inkrafttreten des Gesetzes fünf Jahre Zeit, die Vorgaben umzusetzen, Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern zwei Jahre. Größere Unternehmen müssen die Vorgaben innerhalb eines Jahres umsetzen.

Noch ist alles zwar nur ein erster Entwurf, aber es deutet vieles darauf hin, dass es bis zum Inkrafttreten keine substanziellen Veränderungen mehr geben wird. Unternehmen, die die Arbeitszeit noch nicht elektronisch erfassen und nicht unter die Kleinbetriebsklausel fallen, sollten daher schon mal vorsichtig entsprechend kalkulieren – Verstöße werden immerhin mit empfindlichen Bußgeldern geahndet. Technische Lösungen gibt es schon seit langem zuhauf – entsprechende Apps für das Handy werden hier die letzten verbliebenen Lücken schließen. ■



Azubi-Speeddating Verden Online

04.07.2023, 14.00 – 17.00 Uhr

Denn es ist deine Welt.

Fünfzehn Minuten...

dauert der erste Schritt in Richtung Berufsleben!

Am Dienstag, **den 4. Juli 2023**, findet von **14.00 Uhr bis 17.00 Uhr das Online-Speeddating** statt, das in Kooperation von der IHK Stade, der Berufsberatung der Agentur für Arbeit Nienburg-Verden und der Fachkräfteoffensive LK Verden organisiert wird.

14 Ausbildungsbetriebe bieten an diesem Nachmittag 91 Ausbildungsplätze in 27 verschiedenen Ausbildungsberufen an und beweisen damit eine große Vielfalt: von der Fachkraft für Lebensmitteltechnik, über den Landschaftsgärtner bis zum Fachinformatiker, um nur einige Beispiele zu nennen.

Das Online-Speeddating bietet sowohl Schülern und Schülerinnen als auch allen anderen Interessierten die Möglichkeit, in einen schnellen und unkomplizierten Erstkontakt mit Unternehmen zu treten. Die Gespräche finden ausschließlich telefonisch und nach vorheriger, individueller Termin-

vereinbarung über die Berufsberatung zwischen Bewerber und Betrieb statt. Beide, die Bewerber wie die Betriebe, erhalten für den 4. Juli individuelle Zeitpläne zur Kontaktaufnahme. So haben beide über den Nachmittag verteilt die Möglichkeit, verschiedene Ausbildungsbetriebe beziehungsweise verschiedene Bewerber kennenzulernen, ohne in Warteschleifen zu landen oder das Besetztzeichen als Dauerton zu hören.

In diesen Fünfzehn-Minuten-Gesprächen haben Ausbildungsinteressierte, abseits von Bewerbungsunterlagen und Zeugnissen, die Gelegenheit, Personalverantwortliche und Ausbilder für sich zu begeistern – und umgekehrt. Dann wird zum nächsten Date gewechselt. Verläuft die Kennenlernphase erfolgreich, kann man sich zu einem Bewerbungsgespräch oder Praktikum im Unternehmen verabreden.

Das Konzept des Online-Speeddatings hat für die Unternehmen den Vorteil, dass sie per Telefon direkt

**Informationen erhalten Sie auch bei der IHK Stade, Geschäftsstelle Verden:
Ansprechpartner: Karin Kühnrich
Telefon: 04231/9246-235
E-Mail: karin.kuehnrich@stade.ihk.de**

mit den Interessierten in Kontakt treten. Ausbildungsplatzsuchende haben sich schon bei der Anmeldung überlegt, welche Firma ihre gewünschte Ausbildung anbietet und sie insbesondere interessiert. Wie bei der „klassischen“ Variante des Azubi-Speeddatings auch wird dadurch im besten Fall die schwierigste Hürde im Bewerbungsverfahren genommen und der Grundstein für eine langfristige (berufliche) Beziehung gelegt.

Die Homepage der IHK Stade bietet eine Übersicht über die teilnehmenden Unternehmen und deren freien Ausbildungsplätze. Scannen Sie einfach den QR-Code, um auf die Internetseite zu gelangen. Es lohnt sich, regelmäßig hier reinzuschauen, um auf dem aktuellen Stand zu sein.

Auch nicht IHK-zugehörige Unternehmen sind herzlich willkommen. Jugendliche haben zudem die Möglichkeit sich ab dem 22.05.2023 bis zum 28.06.2023 bei der Berufsberatung der Agentur für Arbeit Verden anzumelden.



Deine Ausbildung. Unzählige Möglichkeiten!

Genuss im großen Maßstab. Dafür stehen wir von Buss Fertiggerichte GmbH seit 1938. Als Teil der heristo Gruppe sind wir der Spezialist für gekühlte und ungekühlte Fertiggerichte in Konservendosen und Schalen. Als einer der modernsten Lebensmittelbetriebe Deutschlands bieten wir unseren Mitarbeitenden ein attraktives Arbeitsumfeld. Werde auch Du Teil einer starken Gruppe, in der die Individualität jedes Einzelnen genauso geschätzt wird wie der Teamgeist.

Wir suchen in **Ottersberg Auszubildende** für spannende Berufe!
Zum **1. August 2023**:

- **Industriemechaniker (m/w/d)**
- **Fachkraft für Lebensmitteltechnik (m/w/d)**
- **Maschinen- und Anlagenführer (m/w/d)**

Zum **1. August 2024** zusätzlich:

- **Industriekaufmann (m/w/d)**
- **Elektroniker (m/w/d)**



Wir freuen uns auf Deine Bewerbung auf www.heristoggether.de/buss. Noch Fragen? Diese beantwortet Dir Jana Hantke gerne unter: jhantke@buss.de oder 04205/99 251.

Buss Fertiggerichte GmbH · Am Damm 26 · 28870 Ottersberg

PRÜFUNGEN 2023/24

Kaufmännische Prüfungen

Abschlussprüfung Winter 2023

28. + 29.11.2023
Anmeldeschluss: 1.9.2023

Zwischenprüfung Frühjahr 2024

28.2.2024
Keine Anmeldung

Abschlussprüfung Teil 1 2024

28.2.2024
Anmeldeschluss: 1.12.2023

Info: IHK Stade, Ellen Schröter
Telefon: 04141 524 - 296
E-Mail: ellen.schroeter@stade.ihk.de

Gewerbliche Prüfungen

Abschlussprüfung / Abschlussprüfung 2 Winter 2023

Metallberufe: 6.12.2023
Elektroberufe: 5.12.2023
Mechatroniker: 5.12.2023
Technischer Produktdesigner: 5.12.2023
Technischer Systemplaner: 5.12.2023
Bauzeichner: 5.12.2023
Anmeldeschluss: 1.8.2023

Zwischenprüfung / Abschlussprüfung Teil 1 Frühjahr 2024

Metallberufe: 12.3.2024
Elektroberufe: 13.3.2024
Mechatroniker: 13.3.2024
Technischer Produktdesigner: 12.3.2024
Technischer Systemplaner: 13.3.2024
Bauzeichner: 13.3.2024
Anmeldeschluss: 1.12.2023

Info: IHK Stade, Greta von der Lieth
Telefon: 04141 524 - 160
E-Mail: greta.vonderlieth@stade.ihk.de

Fortbildungsprüfungen

Industriemeister Elektrotechnik

Basisqualifikationen: 2. + 3.5.2024
handlungsspez. Qualifikationen: 15. + 16.5.2024
Anmeldeschluss: 1.1.2024

Industriemeister Metall

Basisqualifikationen: 2. + 3.5.2024
handlungsspez. Qualifikationen: 22. + 23.5.2024
Anmeldeschluss: 1.1.2024

Industriemeister Kunststoff, Kautschuk und Faserverbund

Basisqualifikation: 2. + 3.5.2024
handlungsspez. Qualif.: 28. + 29.5.2024
Anmeldeschluss: 1.1.2024

Bilanzbuchhalter (VO 2020)

schriftl. Prüfungen: 27.3., 2.4. + 5.4.2024
Anmeldeschluss: 1.1.2024

Handelsfachwirte (VO 2014)

schriftl. Prüfungen: 21. + 22.3.2024
Anmeldeschluss: 1.1.2024

Industriemeister Chemie

Basisqualifikation: 12. + 13.3.2024
handlungsspez. Qualif.: 21. + 22.3.2024
Anmeldeschluss: 1.1.2024

Info: IHK Stade, Sandra Kahl
Telefon: 04141 524 - 164
E-Mail: sandra.kahl@stade.ihk.de

Wirtschaftsfachwirte

Wirtschaftsbezog. Qualif.: 20.3.2024
Anmeldeschluss: 1.1.2024
handlungsspez. Qualif.: 24. + 25.4.2024
Anmeldeschluss: 1.1.2024

AEVO-Prüfung Stade

schriftl. Prüfung: 5.9.2023
prakt. Prüfung: 6. + 7. + 8. + 11. + 12. + 13.9.2023

Info: IHK Stade, Claudia Mandrella
Telefon: 04141 524 - 171
E-Mail: claudia.mandrella@stade.ihk.de



Foto: @gettyimages/reif

Excel 2016: Umfangreiche Daten dynamisch auswerten

Das Arbeiten mit Excel gehört bei vielen Arbeitnehmern zum Berufsalltag, jedoch kann man in großen Excel-Tabellen schnell mal den Überblick verlieren. Zur Auswertung dieser großen (oder auch kleineren) Tabellen gibt es ein sehr mächtiges aber wenig bekanntes Werkzeug – den Einsatz so genannter Datenbankfunktionen. Mit diesen Funktionen können kriterienbasiert sehr schnell und einfach Aussagen zu umfangreichen Daten getroffen werden. Zu diesem Thema bietet die IHK

Stade für den Elbe-Weser-Raum am 3. Juli ein Webinar an, das sich an alle Interessierten mit Excel-Grundkenntnissen richtet, die ihre Daten mit Datenbankfunktionen effektiv auswerten möchten.

Das Seminar findet von 9 Uhr bis 11:30 Uhr statt. Eine Anmeldung ist bis zum 20. Juni 2023 möglich. Das Seminarentgelt beträgt 89 Euro. ■

Weitere Informationen / Anmeldung:
www.ihk.de/stade/weiterbildung

Der Weg zum Wirtschaftsfachwirt

IHK informiert über Praxisstudium

Die IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum startet am 6. Oktober einen Praxisstudiengang zum Wirtschaftsfachwirt. Der Unterricht findet freitags und samstags in Stade mit Online-Anteilen statt. Am 30. Juni um 16:30 Uhr informiert die IHK detailliert über die Karriereperspekti-

ven und Fördermöglichkeiten sowie den Unterrichtsablauf in einer kostenfreien und unverbindlichen Online-Veranstaltung. Um Anmeldung wird gebeten.

Wirtschaftsfachwirte verfügen über anerkannte Management- und Kommunikationskompetenzen und erfüllen damit

die Zulassungsvoraussetzungen zur Fortbildungsprüfung zum Betriebswirt – die Eintrittskarte in die Führungsebene.

Mit der idealen Kombination von Wissen aus Theorie und Praxis stehen Wirtschaftsfachwirte die unterschiedlichsten Aufgabenfelder offen. Damit bietet sich in der Regel viel Raum für die persönliche Weiterentwicklung und die nächsten Karriereschritte. Das Studienentgelt beträgt 4.199 Euro und kann über das Aufstiegs-BAföG gefördert werden. ■

Mit dem Aufstiegs-BAföG bis zu 75 Prozent sparen

Das AFBG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) fördert die berufliche Aufstiegsfortbildung. Die maximale Förderung liegt bei 75 % der Maßnahmekosten (Lehrgangsentgelt und Prüfungsgebühren). Die Höhe des Zuschusses beträgt 50 % der Maßnahmekosten.

Die fehlenden 50 % können über ein zinsgünstiges Darlehen finanziert werden, das aber nicht zwingend in Anspruch genommen werden muss; eine Beschränkung auf die Beantragung des nicht rückzahlbaren Zuschusses ist problemlos möglich.

Sofern das Darlehen genutzt wird, gibt es diverse Möglichkeiten, die Rückzahlungssumme zu verringern (z. B. ermöglicht der erfolgreiche Abschluss einen Erfolgsbonus in Höhe von 50 % auf das Restdarlehen). ■

Weitere Informationen / Anmeldung:
IHK-ServiceCenter, Telefon: 04141 524-0
E-Mail: bildung@stade.ihk.de
www.ihk.de/stade/handelsfachwirte

SEMINARE

Excel 2016 - Umfangreiche Daten dynamisch auswerten
3.7.2023, online

Personalfachkaufleute, IHK-Praxisstudium
6.7.2023 bis 18.10.2024, online

Crashkurs - Ausbildung der Ausbilder
7.7.2023 bis 27.7.2023, Stade

Ausbildung der Ausbilder
12.7.2023 bis 27.9.2023, online

Handelsfachwirte (Vollzeitlehrgang), IHK-Praxisstudium
17.7.2023 bis 22.9.2023, Stade

Weitere Informationen:
IHK Stade ServiceCenter
Telefon: 04141 524-0, Fax: -112
E-Mail: bildung@stade.ihk.de
www.ihk.de/stade/weiterbildung

Rechtsprechung Aktuell



Beendigung des Homeoffice ist eine mitbestimmungspflichtige Versetzung

Wird ein Arbeitnehmer vom Homeoffice dauerhaft wieder an den Arbeitsort im Büro zurückbeordert, muss der Betriebsrat vorher seine Zustimmung erteilen. Denn nach Auffassung des Bundesarbeitsgerichts stellt dies eine Versetzung dar. Eine Versetzung ist die Zuweisung eines anderen Arbeitsbereichs, die voraussichtlich die Dauer von einem Monat überschreitet oder die mit einer erheblichen Änderung der Arbeitsumstände verbunden ist. Bei einer solchen Versetzung hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht.

Im vorliegenden Fall konnte eine Arbeitnehmerin von 2007 bis 2019 überwiegend zu Hause an einem vom Arbeitgeber eingerichteten Telearbeitsplatz arbeiten.

Vereinbart war einzelvertraglich mit der Arbeitnehmerin, dass die Arbeit vom Homeoffice dem Zweck diene, ihr Kind besser betreuen zu können. Als dieses das zwölfte Lebensjahr erreichte, sah der Arbeitgeber den Zweck als nicht mehr gegeben an und beendete die einzelvertragliche Homeoffice-Vereinbarung. Der zuvor angerufene Betriebsrat verweigerte seine Zustimmung zwar. Auf Antrag des Arbeitgebers ersetzte das Arbeitsgericht aber seine fehlende Zustimmung. Die Berufung und die Revision hatten keinen Erfolg. Es läge zwar in der Tat eine zustimmungsbedürftige Versetzung vor, und diese sei auch mit vermehrten Fahrtzeiten und Kosten und daher mit einem Nachteil für

PROFIS von A-Z

APARTMENTS AUF ZEIT



Serviced Apartments

VILLA SALVE
Stade · Parkstraße 1
www.villasalve.com

ARBEITSBÜHNEN



Kurz-/Langzeitvermietung von:

- Arbeitsbühnen bis 40 m
- Gabelstapler 1,5 – 2,5 t
- Teleskopklader Merlo bis 4 t

Heidhoff Arbeitsbühnen
Tel.: 04148 316
Asseler Str. 79, 21706 Drochtersen
www.heidhoff-arbeitsbuehnen.de

ARBEITSPLATZ

Kompetenz aus einer Hand - von Planung bis Montage

waller
in Stade

Alles für Bürobedarf, Innenarchitektur, Akustik, Luftreinigung und Ihren gewerblichen oder privaten Arbeitsplatz auf über 1.000m² Ladenfläche.

Hansestraße 25, 21682 Stade
Tel. 04141 4008 29 - www.waller-stade.de

BERATUNG

dipl. Bankbetriebswirt

Matthias Albers
Wirtschaftsberatung MA

Anlageberatung
Finanzierungen
Absicherung
Vorsorge
BVS

Eichenweg 8 • Bargstedt
Tel.: 04164 875 8007

Bei Interesse an einer PROFI-Platzierung sprechen Sie mich gerne an.
Ich berate Sie über die Möglichkeiten Ihrer Werbepplatzierung.

5 Ausgaben

Die Mindestbestellmenge beträgt
5 Ausgaben hintereinander

10 Ausgaben

zusätzlich 10% Rabatt

pb marketing
im Auftrag der
Max Schmidt-Römhild GmbH & Co. KG
Pirkko Peitz
Tel. 04721/3987593
pb-marketing@t-online.de



die Arbeitnehmerin verbunden. Nach Ansicht sämtlicher beteiligter Gerichte hätte der Arbeitgeber jedoch aufgrund der ausdrücklich mit der Arbeitnehmerin getroffenen Zielsetzung die Homeoffice-Regelung mit Fortfall des Zwecks beenden dürfen.

Bundesarbeitsgericht, Beschluss vom 20. Oktober 2021, 7 ABR 34/20

Spricht die Übererfüllung einer Schwerbehindertenquote gegen eine Diskriminierung?

Entgegen der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) betonte das Landesarbeitsgericht (LAG) Thüringen jüngst, dass die Übererfüllung der Mindestbeschäftigungsquote den Anschein einer behinderungsbedingten Diskriminierung eines schwerbehinderten Bewerbers durchaus beseitigen könne, auch, wenn der Arbeitgeber die Stelle nicht der Agentur für Arbeit gemeldet hatte.

Ein mit einem Grad von 60 Prozent behinderter Bewerber bewarb sich auf eine Stelle als Mitarbeiter in einem Service- und Beratungszentrum. Der Arbeitgeber, der seine vorgeschriebene Schwerbehinderten-Beschäftigungsquote von fünf Prozent mit sieben Prozent seiner Arbeitsplätze übererfüllte, hatte die freie Stelle nicht der Agentur für Arbeit gemeldet. Der Bewerber wurde nicht eingestellt und verlangte Schadensersatz wegen Diskriminierung. Der Arbeitgeber lehnte eine solche Zahlung zwar ab, bot ihm aber eine andere Stelle an, die der Bewerber ablehnte. Seine Klage auf Schadensersatz hatte keinen Erfolg. Das LAG ließ in seiner Urteilsbegründung zwar durchblicken, dass es die Übererfüllung der Quote zwar begrüße, stützte die Abweisung der Zahlungsklage aber maßgeblich auf die nach seiner Auffassung rechtsmissbräuchliche Bewerbung des Klägers. Nach Überzeugung des Gerichts habe sich der Kläger nämlich nur beworben, um einen Schadensersatz wegen Diskriminierung einfordern zu können. Hätte es seine Klageabweisung dagegen auf die Übererfüllung der Quote gestützt, hätte es der Rechtsprechung des BAG zuwider entschieden und die Revision dorthin zulassen müssen. Es bleibt vor diesem Hintergrund abzuwarten, ob die Übererfüllung der Quote künftig de facto eine Rolle spielen wird. ■

LAG Thüringen, Urteil vom 14. März 2023, Aktenzeichen 1 Sa 144/22

Eike Thiel IHK Stade

04141 524-152

eike.thiel@stade.ihk.de

Kirill Ulitskiy IHK Stade

04141 524-177

kirill.ulitskiy@stade.ihk.de

BILDUNG

wisoak
BERUFLICH WEITER
DURCH BILDUNG
Berufsbegleitende
Aufstiegsfortbildungen
in Bremen und Bremerhaven
wisoak.de

DATENSCHUTZ

Ihr Datenschutz
ist unser
PRINZIP
www.datenschutz-prinz.de

DATENSCHUTZ
Kennen Sie
Ihre Pflichten?
xmsplus
manage your systems
Digitalisierung
Datenschutz
IT-Sicherheit
Alter Marktplatz 8 21720 Steinkirchen
04142 / 8 116 94-0 https://xmsplus.de

GO DIGITAL

vitamin B²
Konzept- und Werbeagentur
Anrufen für go-digital
04141 670709 · www.vb2.eu

IMMOBILIEN

CONATH
IMMOBILIEN VERTRIEB
Herrenstraße 9a • 21698 Harsefeld
04164 / 87 692 87 • www.conath-immobilien.de
UNSICHER
WEGEN DER
IMMOBILIENLAGE?
NICHT MIT UNS!
Die erste Adresse für Ihre Immobilie

DIE IMMOBILIENEXPERTEN!
■ VERMITTLUNG
■ WERTERMITTLUNG
■ PROJEKTENTWICKLUNG
■ FINANZIERUNG
■ HAUSVERWALTUNG
+49 (0) 4141-79 77 111
info@ish-immobilien.de
www.ish-immobilien.de
ISH IMMOBILIEN

KAFFEE FÜR'S BÜRO

DIE
KAFFEE
MEISTER
PRÜFER & HERTING
04751-91450
Ihre No. 1 fürs Büro

OFFICE

frei:raum
CoWorking im Alten Land
21720 Steinkirchen Alter Marktplatz 8
https://freiraum.ole.land

Sichern Sie sich zusätzlich
10% Rabatt bei 10 Ausgaben



Foto: @gettyimages/Stockstars

IHKN-Mediatorenverzeichnis gestartet

Ziel: Konflikte in und zwischen Unternehmen vermehrt außergerichtlich zu lösen

IHKN-Hauptgeschäftsführerin Monika Scherf drückte persönlich den Startknopf für das IHKN-Mediatorenverzeichnis. Hier können sich ab sofort in Niedersachsen ansässige Mediatoren mit unterschiedlichen Tätigkeitsschwerpunkten über ihre IHK vor Ort eintragen lassen. Unternehmer finden so auf einen Blick einen geeigneten neutralen Dritten für ihren zu lösenden Konflikt. Damit möchte die IHKN einen Beitrag zur Steigerung der Bekanntheit und Popularität außergerichtlicher Konfliktlösungen leisten.

Scherf weiß: „Konflikte gehören im Wirtschaftsleben dazu. Jedes Unternehmen steht früher oder später vor der

Herausforderung, diese möglichst schnell, kostengünstig und nachhaltig zu lösen. Ich möchte die Unternehmerinnen und Unternehmer ermutigen, in Streitfällen zunächst zu prüfen, ob eine außergerichtliche Lösung des Problems möglich ist. Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass Mediation, aber auch andere außergerichtliche Verfahrensarten, häufig die bessere Variante sind als der Weg zum Gericht.“

An einer Eintragung interessierte Mediatoren können sich an die jeweils für ihren Sitz zuständige IHK wenden. ■

Weitere Informationen: www.ihk-n.de/mediatoren

UNSERE BÖRSE

Die Nachfolgebörse NEXXT-CHANGE

dient dazu, Existenzgründern den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern und für bestehende Unternehmen Nachfolger zu finden. Unter „Angebote“ inserieren Betriebe, die einen Nachfolger oder tätigen Teilhaber suchen, unter „Nachfrage“ alle, die sich allein oder mit Partner selbstständig machen wollen.

Aus der Chiffre ist der Sitz der jeweiligen IHK erkennbar, in deren Bezirk der Inserent seinen Sitz hat. Angebote und Nachfragen werden von der IHK Stade entgegengenommen. Die komplette Börse kann im Internet (www.nexxt-change.org) abgerufen werden.

Bei den Inseraten aus IHK-Börsen gelten die Bedingungen der jeweiligen Börse. Diese sind aufzufinden unter www.nexxt-change.org (interner Link „Über Börse“).

Frank Graalheer IHK Stade

04141 524-138

frank.graalheer@stade.ihk.de



Foto: IHKN

IHKN-Hauptgeschäftsführerin Monika Scherf drückte den Startknopf.

VERBRAUCHERPREISINDEX

für Deutschland

April 2022	März 2023	April 2023	Veränderungen gegenüber Vorjahresmonat vH
108,8	116,1	116,6	7,8

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland (aktuelles Basisjahr 2020)

Der Verbraucherpreisindex wird in fünfjährigem Abstand einer Revision unterzogen und auf ein neues Basisjahr umgestellt. Ab dem Berichtsmo- nat Januar 2023 erfolgte die Umstellung vom Basisjahr 2015 auf das Basisjahr 2020.

Bei Fragen zur Umstellung Ihres Vertrages auf den aktuellen Preisindex stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

SPRECHTAGE

IHK-Sprechtage für Patent- und Schutzrecht

Die Innovationsförderung der IHK bietet gemeinsam mit Patentanwälten eine kostenfreie und individuelle Beratung für Schutzrechte an. Sie geben Auskünfte zu Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes, zum Beispiel Patente, Marken, Design.

Termine:

21. Juni 2023 Wolfsburg

5. Juli 2023 Lüneburg

26. Juli 2023 Celle

Strategische Innovationsberatung

Vertraulich, neutral und interdisziplinär analysiert die IHK-Innovationsförderung mit Ihnen gemeinsam, wie Sie Ihr Unternehmen strategisch für die Zukunft aufstellen. Chancen und Risiken werden ebenso beleuchtet wie neue Technologien (wie beispielsweise Digitalisierung oder 3D-Druck) und sich daraus erweiternde Geschäftsmodelle.

Der Termin wird individuell vereinbart.

Auskünfte: IHK Stade

Michael Petz, Telefon: 04141 524 - 121

E-Mail: michael.petz@stade.ihk.de

IMPRESSUM



Wirtschaft Elbe Weser, 71. Jahrgang

Herausgeber: Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum

Redaktion: Kirsten Kronberg (vwtl.),

Redaktionsassistent: Denise Aukschun, Franziska Skrey-Schulze

Gesamtherstellung: Max Schmidt-Römhild GmbH & Co. KG

Gestaltung: Kirsten Kronberg, Anschrift der Redaktion:

IHK Stade, Postfach 14 29, 21654 Stade, Telefon: 04141 524-0, Fax: 04141 524-115,

E-Mail: kirsten.kronberg@stade.ihk.de, Geschäftsstelle Cuxhaven: Altenwalder Chaussee 7,

27474 Cuxhaven, Telefon: 04721 7216-0, Fax: 04721 7216-261, Geschäftsstelle Verden:

Roggenkamp 1, 27283 Verden, Telefon: 04231 9246-0, Fax: 04231 9246-240

Verlag und Anzeigenverwaltung: Max Schmidt-Römhild GmbH & Co. KG, pHG: Hansisches Verlagskontor GmbH, Geschäftsführer: Dr. Michael Platzköster, Konrad-Adenauer-Straße 4, 23558 Lübeck, Telefon: 0451 7031-01, E-Mail: bmueller@schmidt-roemhild.com,

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Christiane Kermel (V. i. S. d. P.)

Mediaberatung im Auftrag der Max Schmidt-Römhild GmbH & Co. KG:

pb marketing, Pirkko Peitz, Telefon: 04721 39 87-593, E-Mail: pb-marketing@t-online.de

Auflage: 14.489. Die Zeitschrift ist das offizielle Organ der IHK Stade und wird beitragspflichtigen kammerzugehörigen Unternehmen im Rahmen ihrer Mitgliedschaft ohne besonderes Entgelt geliefert. Sie erscheint zehnmal jährlich zu Beginn eines Monats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Diese stimmt nicht unbedingt mit der Auffassung der IHK Stade überein. Die Redaktion übernimmt für unaufgefordert eingesandte Manuskripte keine Verantwortung und behält sich deren Verwendung oder Kürzung vor.

Erscheinungsdatum: 8. Juni 2023

Vollbeilage EWE TEL GmbH, Oldenburg



Der Bezug der IHK-Zeitschrift erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK. verbreitete Auflage I. Quartal 2023: 14.489



Foto: IHK Stade/Kristof Müller

IHK gibt Startschuss für Azubi-Lauf 2023

Event soll Spaß machen und zugleich das Bewusstsein für die Qualität der dualen Ausbildung erhöhen / Anmeldung ab 30. Mai

Die Region läuft wieder für die duale Ausbildung: Am 15. September veranstaltet die IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum wieder ihren jährlichen Azubi-Lauf. Los geht es um 13:30 Uhr auf dem Gelände der Sportanlage des VfL Stade. Unter dem Motto #AusbildungLäuft laufen die Teilnehmenden eine Strecke, die rund um das Landschaftsschutzgebiet Heidbeck in Stade-Ottenbeck führt. Auszubildende, Ausbilder, Prüfer, Lehrer und alle, die an der dualen Berufsausbildung beteiligt sind und sie

unterstützen, können sich ab dem 30. Mai auf der Website der IHK anmelden. Anschließend findet die Siegerehrung mit einem gemeinsamen Grillbuffet auf dem VfL-Gelände statt. Die jeweils drei besten Läufer erhalten zusätzlich zu einer Urkunde und einer Medaille noch einen Pokal. ■

Weitere Informationen / Anmeldung: IHK-ServiceCenter
Telefon: 04141 524-0, E-Mail: azubi-lauf@stade.ihk.de,
www.ihk.de/stade/azubi-lauf, Instagram „ihkstade_azubilife“

Mit deiner **Website** erreichst du bestehende Kunden, neue Zielgruppen und potenzielle Mitarbeiter



Präsentiere dein Unternehmen und deine Leistungen – modern, ansprechend und technisch auf dem neusten Stand





MATTHÄI

WIR BAUEN AUF DIE ENERGIE DER ZUKUNFT

Für die Matthäi-Gruppe steht der Mensch immer im Mittelpunkt. Darum bauen wir leistungsstarke Infrastrukturen, die der Gesellschaft über viele Jahre hinweg wertvolle Dienste leisten. Dazu zählen modernste Anlagen für die flächendeckende Versorgung mit erneuerbarer Energie. Mit schonenden Verfahren an Land und Offshore leisten wir gleichermaßen einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende und zum Erreichen der deutschen Klimaschutzziele. Sichere Versorgung durch modernste Lösungen: Hierfür setzen wir täglich gerne unsere Expertise ein.

www.matthaei.de